

Stenographisches Protokoll.

37. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Montag, 19. Mai 1924.

Inhalt.

Verhandlung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für 1924 (B. 75) — Spezialdebatte über die 7. Gruppe, XIII., Kap. 25, „Heereswesen“, XV., Kap. 27, Titel 4, „Pulver und Sprengstoffe“ — Smitta (1079), Spezialberichterstatter Reiner (1081) — Spezialdebatte über die 8. Gruppe, XV., Kap. 27, „Monopole, Titel 1, Tabak, Titel 2, Salz, Titel 3, Staatslotterien“ — Spezialberichterstatter zu Titel 1, Steinegger (1082), Spezialberichterstatter zu Titel 2, Markschläger (1082), Spezialberichterstatter zu Titel 3, Reiner (1084), Tusch (1085), Rudel-Zeynert (1088), Scheibein (1089), Klimann (1091), Witzany (1091) — Spezialdebatte über die 9. Gruppe, XVI., Kap. 28, „Bundesbetriebe, Titel 7, Staatsdruckerei, Titel 8, Hauptmünzamt“ — Spezialberichterstatter Reiner (1095).

Präsident **Mittas** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 15. und 16. Mai für genehmigt.

Es wird zur I. D. übergegangen, das ist Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1924 (B. 75). In Verhandlung steht die 7. Gruppe XIII., Kap. 25, „Heereswesen“, XV., Kap. 27, Titel 4, „Pulver und Sprengstoffe“.

Smitta: Hohes Haus! Im Laufe der Budgetdebatte hat einer der Herren Minister auf unsere Kritik hin erklärt, er sei schließlich und endlich christlichsozialer Gesinnung, er könne als Minister nur so handeln, wie es ihm seine politische Überzeugung vorschreibt, und er könne nur das und in der Weise durchführen, was und wie es ihm seine Partei genehmigt. Meine Frauen und Herren! Man kann der Ansicht sein — und wir sind dieser Ansicht —, daß die Fragen, die dieser Herr Minister zu behandeln hat: die Frage der Tuberkulosebekämpfung, die Frage der gesundheitlichen Verhältnisse des Volkes, die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung und alle die anderen sozialen Fragen, die uns heute bewegen, solche sind, die nicht vom Standpunkt einer Partei, sondern nur vom Standpunkte des ganzen Volkes beurteilt werden sollen. Man kann dieser Ansicht sein, aber die Erklärung, die der Herr Minister Schmitz hier abgegeben hat, in der er sagte: hier stehe ich, ich kann nicht anders, scheint mir doch der Ausdruck einer Offenheit und Wahrheit zu sein, die er von seinem Standpunkt aus hier bekundet hat; sie scheint mir der Ausdruck eines Gedankens zu sein, der, man mag darüber

denken wie man will, zeigt, daß der Minister offen und wahr sagt: so ist es, so handle ich, so bin ich, so will ich sein.

Meine Frauen und Herren! Wenn man so wie ich die Gelegenheit hatte und hat, die Art und Weise kennen zu lernen, wie Minister Baugoin viele Fragen behandelt, der als Offizier und als Minister für Heereswesen hier ein bestimmtes Ressort vertritt, so muß ich schon sagen, daß die Art und Weise, wie er die Dinge hier im Hause, in den Ausschüssen und bei verschiedenen Gelegenheiten vertritt, mit Offenheit, Wahrheit, mit dem Gedanken: hier stehe ich, ich kann nicht anders, absolut nichts zu tun hat (*So ist es!*), sondern daß man hier den Eindruck gewinnt, daß nicht ein Offizier, wie wir uns ihn vorstellen, und nicht ein Minister, der doch schließlich und endlich auch berufen wäre, die Würde dieses Hauses und der Regierungsbank zu vertreten, daß nicht ein Mann hier spricht und handelt, der von irgendeiner politischen Überzeugung tief durchdrungen ist und sie zum Ausdruck bringt, sondern daß wir es hier mit einem Minister zu tun haben, der all den Fragen nur als persönlich Gefränkter gegenübersteht, wenn er kritisiert wird, und der nur trachtet, der nur versucht anderen die Verantwortung zuzuschieben, für mich, der ich diese Art des Ministers in allen Einzelheiten und vielen Fällen genau kenne, ist es kein zu starker Ausdruck, wenn ich sage, daß der Herr Minister die Dinge in jesuitischer Weise zu verdrängen sucht, um selbst recht zu behalten. (*Zustimmung.*)

Ich bitte nur die letzten Ausführungen des Herrn Ministers unter die Lupe zu nehmen und Sie werden diese Roßtäuscherpolitik deutlich erkennen. Der Herr Minister hat auf den Vorwurf des Kollegen Deutsch, daß er den General Körner, der als Ersatzmann des Parlamentskommissärs Deutsch im Parlament gewählt wurde, nicht anerkannt habe, geantwortet: Ich habe keinen Haß gegen Herrn General Körner, aber er hat ja angefangen; hätte er nicht angefangen, so hätte ich es nicht beanstandet — das ist die Logik des Sages —, daß er als Vertreter des Kommissärs im Heeresamt fungiert. Dann hat der Herr Minister auf den Einwand, daß ja die früheren Vertreter des Parlamentskommissärs sowohl der christlichsozialen als auch unserer Partei wiederholt oder mindestens in einem

Fälle anerkannt wurden, erwidert, indem er eine Gesetzesstelle darüber verlas, was zu geschehen habe, wenn der Parlamentskommissär zurücktritt, sowie die auf dieser Gesetzesstelle beruhende Verordnung, während ja Herr Dr. Deutsch darauf hingewiesen hat, daß eine Parteienvereinbarung besteht dahingehend, daß, wenn ein Parlamentskommissär verhindert ist, sein Ersatzmann für die Zeit seiner Verhinderung seine Funktion übernimmt. Ich glaube, es liegt ja schon im Wesen des Ersatzmannes, daß er im Verhinderungsfalle die Funktion dessen übernimmt, als dessen Ersatzmann er gewählt wurde. Der Herr Minister wollte damit beweisen, daß der Ersatzmann überhaupt keine Berechtigung habe einzutreten, er konnte aber über die Tatsache nicht hinwegkommen, daß er selbst seinerzeit mich und den christlichsozialen Ersatzmann des Parlamentskommissärs ohne weiteres anerkannt hatte. Ja, Herr Minister, das eine oder das andere! Entweder es ist wirklich so, daß durch Gesetz und Verordnung die Ersatzmänner nur für den Fall vorgesehen sind, daß der Parlamentskommissär seine Stelle zurücklegt; dann verzichten wir darauf, daß es von der Gnade und der Zustimmung des Ministers abhängt, ob wir als Ersatzmänner einberufen werden oder nicht, daß der Herr Minister bei demjenigen, der ihm nicht paßt, mit den Paragraphen kommt und sagt, den berufe ich nicht, während er einen anderen einberuft. Auf die Gnade des Herrn Ministers Baugoin kann wohl in diesem Falle der Parlamentskommissär und sein Stellvertreter nicht angewiesen sein. *(Sehr richtig!)* Entweder ist das eine richtig, dann hat der Herr Minister alle anzuerkennen, oder es ist seine Auffassung richtig, dann hat er überhaupt weder den einen noch den anderen anzuerkennen.

Die zweite Sache, meine Damen und Herren, die hier mitgespielt hat und auf die der Herr Minister auch zurückgekommen ist, betrifft das vielgenannte Protokoll! Wenn ich mich recht erinnere, hat am 6. Februar d. J. eine Sitzung des Heeresauschusses stattgefunden, in der die Denkschrift des Herrn Generals Körner vom Vorsitzenden verlesen wurde. Nach dieser Verlesung wurde die Sitzung vertagt und erst für den 12. Februar eine neuerliche Sitzung einberufen. Am 12. Februar hat nun der Herr Minister die Entgegnung auf diese Denkschrift verlesen. Nach längerer Debatte wurde die Sitzung neuerlich vertagt. In der nächsten Sitzung hat der Herr Minister nun folgendes gesagt — und diese Tatsache ist in meiner und unser aller Erinnerung, weil die Ausführungen des Herrn Ministers in jener Sitzung so prägnant und so überraschend gekommen sind. In der Denkschrift des Herrn Generals Körner wird auf die unzureichende Ausrüstung unseres Heereswesens hingewiesen. Der Herr Minister hat nun in der Sitzung gesagt: Auf diesen Anwurf des Herrn Generals Körner über die unzureichende Ausrüstung unseres Heereswesens erlaube ich mir, das Protokoll über eine im Dezember 1918 stattgefundene Sitzung zu verlesen,

in welcher der Herr General Körner in der Frage der Ausrüstung des Heeres gegen die Zurückbehaltung der Materialien und Ausrüstungsgegenstände gewesen ist. Der Herr Minister sagte wörtlich: für 50.000 Mann Friedensstand sollte das Material zurückbehalten werden und auch noch eine Reserve für den Kriegsfall. In der Ausschusssitzung hat darüber sofort eine Debatte stattgefunden und wir haben damals gleich bezweifelt, ob die Dinge sich so verhalten. Es hieß, daß ein Protokoll über die Sitzung vorliege. Wir alle haben uns nun die Sache so vorgestellt, daß in der Sitzung, die damals im Jahre 1918 stattgefunden hat, ein Protokoll verfaßt worden sei und daß dieses Protokoll, das die Verhandlungen der damaligen Sitzung sehr genau wiedergibt, sich in den Händen des Herrn Ministers befinde. Was hat sich nun herausgestellt, meine Herren? In der Sitzung vom Dezember 1918 wurde überhaupt kein Protokoll geführt *(Hört!)*, sondern acht Tage vor der am 12. Februar 1924 abgehaltenen Sitzung des Ausschusses, also fünfseinhalb Jahre nach der Sitzung vom Dezember 1918, wurde ein Protokoll über den Inhalt der damaligen Sitzung von einigen Offizieren verfaßt. *(Hört! Hört!)*

Und nun, meine Damen und Herren, stellt sich noch etwas anderes heraus: In diesem von den Offizieren nach 5½ Jahren verfaßten Protokoll steht wörtlich darinnen, daß für 50.000 Mann Friedensstruppen und für 500.000 Mann für den Kriegsfall die Materialien zurückgehalten werden sollen. Und nun müssen wir uns daran erinnern, daß das im Jahre 1918 unmittelbar nach dem Umsturz, also zu einer Zeit gewesen ist, wo die Bevölkerung in unserem Lande nichts zum Anziehen, keine Schuhe an den Füßen hatte und kein Rohmaterial im Lande vorhanden war. In dieser Zeit hat nun General Körner gesagt, für die 50.000 Mann kann man das Material wohl zurückbehalten, aber für die 500.000 Mann ist das unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich. Wer nicht demagogisch die Dinge behandelt, sondern wer sich zurückversetzt in die Verhältnisse des Jahres 1918, muß zugestehen, daß es eine Unmöglichkeit, ja, daß es, wie hier Kollege Deutsch gesagt hat, eine Narrerei gewesen wäre, für 500.000 Mann die ganzen Materialien zurückbehalten, wo draußen im Lande die Leute keine Schuhe hatten, wo draußen im Lande kein Rohmaterial vorhanden war. Wenn also der Herr Minister auf den Vorwurf, daß die Heeresausrüstung mangelhaft sei, antwortet, dies sei darauf zurückzuführen, daß man vor 5 oder 6 Jahren mehr hätte zurückbehalten können und das verabsäumt hat, dann ist das nichts anders als eine Demagogie, denn man muß doch berücksichtigen, wie es vor 5 Jahren ausgesehen hat und unter welchen Verhältnissen wir damals gelebt haben. Man muß sich fragen, ob es unter den damaligen Umständen überhaupt möglich gewesen wäre, die Materialien für den eventuellen Kriegsfall zurückzubehalten. Auch der Herr Minister Baugoin hätte

unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders handeln können, als wie gehandelt worden ist, denn man kann die Heeresverwaltung nicht einfach von den Dingen, die sie umgeben, loslösen. Ich sage daher nochmals, es ist eine Demagogie, wenn heute der Herr Minister den Vorwurf erhebt, die Heeresausrüstung sei deswegen mangelhaft, weil man damals diese Dinge nicht zurückbehalten hat.

Noch eine dritte Sache will ich erwähnen. Im Dezember des vergangenen Jahres haben sich Abgeordnete, die verschiedenen Gewerkschaften angehören, zum Herrn Minister begeben und haben dagegen Einspruch erhoben, daß die Zivilarbeiter im Heereswesen abgebaut werden sollen. Wir haben damals mit dem Herrn Minister eine längere Aussprache gehabt. Wir haben eindringlich darauf hingewiesen, daß es in der Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht möglich sei, die im Heereswesen befindlichen Zivilarbeiter nun einfach auch zu entlassen und in das Heer der Arbeitslosen zu stoßen. Die damalige Aussprache hat dazu geführt, daß der Herr Minister die Sache verschoben und uns die Zusage gemacht hat, wenn es zum Abbau dieser Leute kommen würde, sich mit uns ins Einvernehmen zu setzen. Ich glaube, es war im März des heurigen Jahres, als uns der Herr Minister in einer Besprechung sagte, er könne diese Leute nicht beschäftigen, er habe nicht die Mittel dazu. Wir haben als Vertreter unserer Organisation dagegen Einspruch erhoben und ich habe gesagt: Herr Minister, wir erheben Einspruch dagegen! Wenn Sie absolut nicht anders können, dann muß ich als Gewerkschaftsvertreter verlangen, daß die Leute wenigstens in einer Zeit abgebaut werden, wo wir imstande sind, den Leuten anderswo Arbeit zu verschaffen. Von der Besprechung beim Minister sind wir dann in den Klub gegangen und haben dort über die Unterredung mit dem Minister berichtet. Da wir wissen, wie der Herr Minister die Dinge oft auslegen beliebt, haben wir ihm in einer Zuschrift mitgeteilt, daß wir mit allem Nachdruck gegen einen Abbau der Zivilarbeiter im Heereswesen Einspruch erheben. Diese präzise Erklärung von unserer Seite und die Bestätigung dieser Erklärung durch unseren Klub hat aber den Minister nicht gehindert, folgendes zu tun. Der Abbau wurde trotzdem durchgeführt. Die Zivilarbeiter der einzelnen Länder haben in Form von Resolutionen gegen diesen Abbau Einspruch erhoben. Der Herr Minister schreibt nun an das Gau- sekretariat des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter folgendes: „Auf die in der Versammlung der Handels- und Transportarbeiter der militärischen Betriebe Oberösterreichs am 7. April 1924 gefasste Entschließung wird eröffnet: Der Abbau von Professionisten und Arbeitern der militärischen Betriebe wurde am 26. März 1924 im Parlament vom Herrn Bundesminister für Heereswesen mit den Nationalräten Forstner, Smitka und Wiedenhofer, dann mit

dem Sekretär des Bundes öffentlicher Angestellter Janitzki und mit dem Interessentenvertreter im Ministerium für Heereswesen, Bara besprochen.“

Meine Damen und Herren! Was heißt denn das? Er will doch durch diesen Satz unter den Leuten draußen den Anschein erwecken, daß wir gewissermaßen diesem Abbau zugestimmt haben. (Forstner: Und der Schlusssatz!) Der Schlusssatz sagt dann noch: „Die dortige Annahme, daß eine Mitwirkung der Interessenvertretung nicht stattgefunden hat, trifft daher nicht zu.“ Der Herr Minister will doch damit sagen, daß die Interessenvertretung, die wir repräsentieren, daran mitgewirkt hat, den Abbau in die Wege zu leiten, während wir gerade das Gegenteil davon getan haben. Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt 30 Jahre Unterhändler in verschiedenen Lohfragen; in diesen 30 Jahren habe ich viele Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht. Ich kann es verstehen, wenn der Unternehmer in schwierigen Verhältnissen vielleicht manches nicht bewilligen kann. Wir haben das immer zu verstehen gesucht, aber die Erfahrung habe ich noch nicht gemacht, daß irgend jemand, ob er Unternehmer oder Minister ist, nicht den Mut aufbringt, zu sagen: ich kann nicht anders, ich muß so vorgehen, sondern daß er auf diesem, von mir schon gekennzeichneten jesuitischen Wege trachtet, die anderen mißschuldig zu machen und unter der Bevölkerung draußen die Dinge so darzustellen, als ob er nur das getan hätte, was er mit den anderen besprochen hat und wozu diese ihre Zustimmung gegeben haben.

Ich habe nur einige wenige Fälle herausgegriffen und sie in der mir zur Verfügung stehenden Zeit in knappster Form darzustellen versucht, aber nicht nur diese Fälle haben mich wenigstens zu dem Urteil gebracht, das ich schon eingangs meiner Rede ausgesprochen habe. Die Art und Weise, wie Minister Baugoin vorgeht, steht in starkem Widerspruche zu dem, was wir von ihm als Offizier und Minister verlangen könnten und sollten, steht in starkem Widerspruche zu dem, was wir uns, bis jetzt wenigstens davon vorgestellt haben, und aus diesem Grunde werden wir nicht nur als Opposition gegen dieses Kapitel stimmen, sondern auch deshalb, weil wir überzeugt sind, daß Minister Baugoin als Verwalter dieses Ressorts nicht einmal vom gegnerischen Standpunkt aus beurteilt so handelt, wie es Anstand und Sitte, die schließlich auch in diesem Parlamente herrschen sollen, erfordern, nicht so handelt, wie es im Interesse der ganzen Sache, im Interesse des Ansehens des Parlamentes, des Staates und unserer ganzen Wehrmacht liegt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Spezialberichterstatter **Reiner**: Hohes Haus! Wir haben über die Kapitel Heereswesen und Monopole sehr viel des Interessanten gehört. Das Essentielle liegt aber doch darin, daß das Ministerium für Heereswesen mit sehr großen Geldschwierigkeiten zu kämpfen hat und darin die alleinige Ursache zu finden ist, daß

der von uns allen gemeinsam erstrebte Ausbau der Wehrmacht nicht in dem Maße vorgenommen werden kann, wie er beabsichtigt ist. Wir müssen also der Erwartung Ausdruck geben, daß ein nächstes Budget doch die Mittel zur Verfügung stellt, die unbedingt notwendig sind, um in diesem Belange Remedur zu schaffen und den Wünschen der Opposition auch auf diesem Gebiete mehr als bisher Rechnung zu tragen. Ich habe dem Kapitel „Pulver und Sprengstoffe“ nichts mehr hinzuzufügen und bitte um Annahme der beiden Kapitel „Seereswesen“ und „Pulver und Sprengstoffe“ mit der beantragten Zusatzentschließung.

Damit ist die Verhandlung über die 7. Gruppe abgeschlossen.

Es wird zur 8. Gruppe übergegangen, das ist XV., Kapitel 27, „Monopole: Titel 1, Tabak, Titel 2, Salz, Titel 3, Staatslotterien“.

Spezialberichterstatter **Steinegger**: Hohes Haus! Das Kapitel 27, Titel 1, „Tabak“, wurde wie alle übrigen Kapitel vom Ausschusse einer eingehenden Beratung unterzogen. Ich kann mich also darauf beschränken, hier im Hause nur auf jene Materien einzugehen, die größere Beachtung gefunden haben. Vor allem wurde konstatiert, daß das im Wiederaufbaugesetz geforderte Ertragsverhältnis beim Tabakmonopol nahezu erreicht ist, daß also den Bedingungen, die dort niedergelegt sind, fast entsprochen wurde. Im weiteren wurde besonders über die Qualitäts- und Preisfrage der Tabakfabrikate eingehend gesprochen. Einmütig wurde über einzelne Sorten von Tabakfabrikaten große Beschwerde geführt, insbesondere wurden die so bekannten und geliebten Virginierzigarren einer eingehenden Kritik unterzogen. Von Seiten des Ministeriums wurde Abhilfe auf diesem Gebiete zugesagt. Bezüglich der Preisfrage kam der Wunsch zum Ausdruck, daß bei einer Reform der Preise die Belastung auf die Luxusqualitäten gelegt werde, während dem Volk durch möglichst billige Preisgestaltung der billigen Sorten das Rauchen ermöglicht werden solle. Es wurde dann auch die Frage der Trafikanten und der Trafikvergebung erörtert. In diesem Zusammenhange wurde über die Berechtigung der Kriegsinvaliden gesprochen, dann auch bezüglich der Trafikantenprovisionen verschiedene Wünsche geäußert, die im Berichte des Ausschusses niedergelegt erscheinen.

Ein weiteres Kapitel bildete die Personal- und Provisionisten-, beziehungsweise Pensionistenfrage. Es mußte konstatiert werden, daß ein weitgehender Abbau an Personal stattgefunden hat, daß bei gleichbleibender Absatzmöglichkeit sogar Personal neu aufgenommen werden müsse, und es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die dienstrechtlichen und Besoldungsverhältnisse der aktiven Arbeiter wie auch der Provisionisten im Zusammenhange mit der allgemeinen Besoldungsregelung einer zufriedenstellenden Regelung zugeführt werden müssen. Die Zentralisierung im Tabakmonopol,

die hauptsächlich darauf ausgeht, die Erzeugung bestimmter Fabrikate in Fabriken zu zentralisieren, wurde teilweise gutgeheißen, teilweise aber deshalb bekämpft, weil dadurch in einzelnen Orten, wo die ganze Arbeiterschaft des Ortes vielfach seit Jahrzehnten ihre Existenz in der Tabakindustrie fundiert hat, große Arbeitslosigkeit eintreten würde.

Es wurde dann auch darauf hingewiesen, daß die Generaldirektion durch die Beschaffung von Wohnungen für die Beamten und Arbeiter im abgelassenen Jahr vorgesorgt und gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, auch für das Jahr 1924 ein Bauprogramm aufzustellen, in dem sie neue Wohnungen erstellt.

Es werden auf einzelnen Gebieten Klagen laut, daß besonders die billigeren Rauchsorten, Tabake und vor allem die billigen Zigarren — Volkszigarren könnte man sie nennen —, wie Cuba, Portorico und mindere Sorten, in einzelnen Orten, wie zum Beispiel Linz, nicht zu haben sind, sondern daß man dort die Bevölkerung zwingt, die teuren Sorten von der Britanica aufwärts zu rauchen. Ich glaube, auf diesem Gebiete muß schon, wenn man den Absatz einer Steigerung zuzuführen will, dafür gesorgt werden, daß der Bevölkerung auch die billigen Zigarrensorten zugänglich sind. Im übrigen habe ich den Zahlen nichts mehr hinzuzufügen.

Interessieren dürfte vielleicht, daß in Österreich bereits seit dem Jahre 1658 die Tabakfabrikate einer jeweils verschiedenen Besteuerung unterliegen. Erst mit einem Handschreiben vom 14. Jänner 1783 wurde das Tabakgefälle in die staatliche Regie übernommen und es wurde im Jahre 1873 die noch heute bestehende Generaldirektion der Tabakregie errichtet. Es handelt sich also in diesem Kapitel um ein sehr altes Unternehmen, um einen Betrieb, der sich schon durch lange Zeit hindurch außerordentlich entwickelt hat, und ich ersuche das hohe Haus, auch in diesem Jahre diesem Kapitel in seinen Einnahmen und Ausgaben seine Zustimmung zu geben.

Spezialberichterstatter **Markschläger**: Hohes Haus! Namens des Finanz- und Budgetausschusses habe ich die Ehre, zum Kapitel 27, Titel 2, „Salz“, folgenden kurzen Bericht dem Hause zu erstatten. Der Republik Österreich sind nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 sechs Salinenbetriebe verblieben, die eine jährliche Betriebskapazität von 1½ Millionen Meterzentner aufweisen. Die Verkleinerung des Verschleißgebietes durch den Zerfall der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie hat natürlich auch eine Verkleinerung des Verschleißes mit sich gebracht, so daß jetzt mit einem jährlichen Inlandsbedarf von rund 700 Meterzentner gerechnet werden kann. Da aber im Jahre 1923 nur eine Menge von 612.000 Meterzentner abgesetzt werden konnte, sind im Präliminare pro 1924 vorsichtshalber 630.000 Meterzentner als Verschleißmenge festgesetzt. Wenn nun mit Rücksicht auf die Verkleinerung des Verschleißgebietes

und die dadurch bedingte Herabsetzung des Inlandsbedarfes gesagt werden kann, daß zur Erzeugung dieser Menge zwei Salinenbetriebe genügen würden und die übrigen vier stillgelegt werden könnten, so zeigt das genau, welche Zukunft unseren Salinenwerken bevorsteht, wenn es nicht gelingt, sowohl im Inlande als auch im Auslande, Absatz zu gewinnen. Diese Tatsache beleuchtet die Krise, in der gegenwärtig unsere Salinenwerke stehen, und es ist darum begreiflich, daß sowohl die Bevölkerung als auch die an diesen Betrieben interessierten Gemeinden beunruhigt sind, um so mehr, als von Zeit zu Zeit Nachrichten in die Presse lanciert werden, die auf die Auflassung von einigen Salinenbetrieben hinzielen. Und wenn man zur maßgebenden Stelle kommt, werden derartige Gerüchte wohl widerrufen, aber etwas Konkretes kann man eigentlich nicht erfahren. Trotzdem wäre Klarheit in dieser Sache sehr notwendig, weil es sich um eine Schicksalsfrage von Hunderten von Familien handelt, noch dazu in einem Gebiete in dem es an einer anderen Erwerbsmöglichkeit so ziemlich und zum Teil ganz fehlt. Ich möchte da nur auf den Salinenbetrieb in Hallstadt hinweisen. Wenn dort an eine Auflassung des Salinenbetriebes geschritten würde, so wäre der Bevölkerung jede Erwerbsmöglichkeit entzogen. Schon heute können Sie in diesem Gebiete das bittere Wort hören, daß der kommenden Generation nichts anderes übrig bliebe, als aus dem Heimatorte auszuwandern.

In anderer Beziehung könnte der Bund die Salzbergwerke nicht ohne weiteres ihrem Schicksal überlassen. Wenn er auch den Hüttenbetrieb einstellt, so müßte er doch große Aufwendungen machen, um die Salzbergwerke zu erhalten, damit sie nicht durch die eindringenden Wässer für immer zerstört werden und das Nationalvermögen dadurch einen ungeheuren Schaden erleide.

Diesen Bedenken sozialpolitischer als auch betriebs-technischer Natur ist bis jetzt Rechnung getragen und die Erzeugungsmengen von 630.000 Zentner pro 1924 auf alle sechs Salinen verteilt worden.

Damit ist natürlich die Krise, in der die Salinenbetriebe stehen, bei weitem nicht überwunden. Ich habe schon bemerkt, daß die einzige Rettung für die staatlichen Salinenbetriebe die Gewinnung von Absatzmöglichkeiten ist. Man hat im Jahre 1923 versucht, die inländische chemische Großindustrie zur Abnahme des österreichischen Salzes für ihre Zwecke zu veranlassen. Diese Industrie hatte bisher die Bewilligung, für ihre Betriebe deutsches Salz einzuführen. Man hat nun probeweise an diese chemischen Großindustrien Salz geliefert, man ist in der Preisgestaltung soweit als möglich entgegengekommen, weil man sich dessen bewußt war, daß man unter Umständen unter den Tarifpreis heruntergehen muß, um die deutsche Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, man hatte erwartet, daß die Abnahme von rund 80.000 Zentner, um die

es sich bei dieser Industrie handelt, eine wesentliche Erleichterung für diese Betriebe bringen werde und jetzt muß man so von ungefähr erfahren, daß das österreichische Salz für die chemische Industrie unbrauchbar sei, weil es zuviel Kaligehalt aufweise. Es ist selbstverständlich, daß dadurch eine neue Beunruhigung unter die im Salinenbetriebe Beschäftigten getragen wurde, und es ist auch selbstverständlich, daß man jetzt alles daransetzen wird, um dahinter zu kommen, ob diese Einwendung tatsächlich berechtigt ist oder ob hier System in der Sache liegt. Das Endergebnis der diesbezüglichen Verhandlungen mit den chemischen Großindustrien ist mir bis zur Stunde nicht bekannt geworden.

Eine Lebensfrage für den Bestand unserer österreichischen Salinen bedeutet weiter die Gewinnung von Exportmöglichkeiten. Es haben nach dieser Richtung hin vereinzelt Bemühungen stattgefunden, aber bisher ohne Erfolg. Nach meiner Ansicht wäre hier privater Unternehmertegeist das beste. Wenn man die privaten Salzändler ermächtigen würde, bei angemessener konkurrenzfähiger Preisgestaltung Verbindungen mit den Auslandsmärkten anzuknüpfen, so würde ich mir von einer derartigen Aktion entschieden mehr erwarten als von den Bemühungen, die bis jetzt von den interessierten Stellen in dieser Sache unternommen worden sind. Der Exportpreis müßte natürlich konkurrenzfähig erstellt werden, sich in Grenzen bewegen, die eben ein Eindringen in den Auslandsmarkt möglich machen. Andererseits aber halte ich dafür, daß dieser Exportpreis für die privaten Salzändler erst dann in Kraft treten könnte, wenn die Ausfuhr nachweisbar gesichert erscheint.

Bezüglich der Erhaltung der österreichischen Salinenbetriebe wurden auch noch weitere Vorschläge gemacht, die bis heute der Realisierung nicht zugeführt wurden. Man hat daran gedacht, durch Schaffung industrieller Nebenbetriebe bei den Salinen den Werken wieder auf die Beine zu helfen. Selbstverständlich ist der Staat allein heute nicht in der Lage, diese industriellen Nebenbetriebe den Salinen anzuschließen, sondern es ist klar, daß er sich dazu mit dem privaten Kapital verbinden müßte.

Über alle diese Fragen, die ich hier nur kurz skizzieren konnte, soll mit den interessierten Kreisen ehestens Fühlung genommen werden. Ich habe deshalb auch schon persönlich an den Herrn Bundesfinanzminister den Wunsch gerichtet, er möge in absehbarer Zeit eine Sachmännerberatung einberufen, bei der alle an den Salinenwerken interessierten Kreise mithelfen könnten, einen Weg zu finden, der eventuell aus der Krise hinausführt. Ich denke dabei an die Verwaltungen unserer Salinen, die Salinenwerksingenieure, die Hütten- und Bergmeister, die Vertreter der Arbeiterschaft und auch die Vertreter des Salzhandels.

Es ist klar, daß bei der Behebung der gegenwärtigen Krise auch die Verwaltungs- und Betriebsreform der

Salinen im Vordergrunde stehen wird. Ich kann mich hier kurz fassen, es sind ja die Wünsche sowohl der Öffentlichkeit als auch der interessierten Kreise bereits bekannt. Es handelt sich darum, endlich einmal den unseligen Bürokratismus aus den Betrieben zu entfernen. Es haben auch die Salinenwerksingenieure in einem Memorandum dazu Stellung genommen. Auch ihr oberster Grundsatz ist, die Betriebe weniger auf eine bürokratische, sondern mehr auf eine technisch-kaufmännische Grundlage zu stellen. Die Einräumung einer gewissen Selbstverwaltung sowie auch die Erweiterung des Wirkungskreises der unteren, unmittelbar im Betriebe stehenden Stellen wird nach meiner Meinung auch den Betrieb wesentlich erleichtern und zu manchen Sparmaßnahmen führen können.

Wenn ich in der Frage der Reorganisationsmaßnahmen nur kurz noch eines anführen darf, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß man sich auch in der Salzmonopolverwaltung dazu wird entschließen müssen, eine Reform des Kreditwesens Platz greifen zu lassen. Auch hier werden zahlreiche Beschwerden erhoben, die die ungeheuren Zinsenverluste des Staates zum Gegenstande haben, wenn eben große Kapitalien heute auf sechs Monate gestundet werden.

Die Verkleinerung des Verschleißgebietes und damit der Rückgang der Verschleißmenge haben auf der anderen Seite auch eine Herabsetzung des Personalstandes nach sich gezogen. Es wurden bisher 80 Angestellte und 968 Arbeiter abgebaut. Der gegenwärtige Stand in den österreichischen Salinenwerken beträgt 190 Angestellte und 1650 Arbeiter.

Im Jahre 1923 beliefen sich die baren Einnahmen auf 165.197 Millionen Kronen, die baren Ausgaben auf 98.978 Millionen Kronen, somit war für das Jahr 1923 ein kassamäßiger Überschuß von 66.219 Millionen Kronen zu verzeichnen. Dieser durch einen abnormal schlechten Verschleißgang hervorgerufene Einnahmefall wurde durch die möglichste Herabdrückung der Ausgaben zum Teil ausgeglichen.

Pro 1924 sind an Ausgaben veranschlagt 120.2 Milliarden Kronen, gegen 124.4 Milliarden im Jahre 1923, somit um 4.2 Milliarden weniger. Hier von entfallen auf Betriebsausgaben 118.1 Milliarden gegen 119.5 Milliarden im Jahre 1923, somit um 1.4 Milliarden weniger, und auf Anlagen 2.1 Milliarden gegen 4.9 Milliarden im Jahre 1923. Von den Betriebsausgaben entfallen auf den Personalaufwand rund 71 Milliarden gegen 57.7 Milliarden im Jahre 1923. Der Personalaufwand ist also trotz des Abbaues ungünstiger, und zwar infolge der höheren Indexziffer von 165.4 gegen 137.5 im Vorjahre und infolge Erhöhung der Familienzulage von 7500 auf 50.000 K.

Der Sachaufwand erscheint mit rund 47 Milliarden gegen 61.5 Milliarden im Jahre 1923 veranschlagt, also mit einem bedeutend geringeren Betrage, und zwar deshalb, weil bei allen Aufwendungen die größtmögliche Sparbarkeit beobachtet werden muß und

weil auch die Reparaturen in den Anlagen auf das allernotwendigste und unumgänglichste Maß eingeschränkt werden. Auch für die Neuanlagen und den Mobilienankauf sind gegenüber 4.9 Milliarden im Jahre 1923 nur mehr 2.1 Milliarden für 1924 eingestellt; der Minderaufwand resultiert aus Einschränkungen der Bauherstellungen und Neuanfassungen und beträgt 2.8 Milliarden.

Die Betriebs-einnahmen sind mit 229.6 Milliarden gegenüber 209.8 Milliarden im Jahre 1923 eingestellt, somit um 19.8 Milliarden höher veranschlagt, mit Rücksicht auf die im Vorjahre vorgenommene zweimalige Erhöhung der Salzverschleißpreise, die sich eben in diesem Jahre besonders auszuwirken beginnt.

Was die Personalverhältnisse anbelangt, so möchte ich insbesondere, wie schon im Finanz- und Budgetausschuß, auch hier im hohen Hause wieder den dringenden Wunsch aussprechen, daß die dienstrechtlichen und lohnrechtlichen Belange der Salinenarbeiterschaft ehestens einer Regelung unterzogen werden. Die diesbezüglichen Vorschläge sind dem Herrn Sektionschef Dr. Dorrek bereits übergeben und es ist zu erwarten, daß diese Regelung bald erfolgt und dabei auch eine Frage geregelt wird, die in der letzten Zeit viel Staub aufgewirbelt hat, nämlich die Frage der Arbeitslosenversicherung der ständigen Salinenarbeiter, die ja nicht arbeitslos werden können, auf der anderen Seite aber doch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen müssen.

In der Wechsellrede im Finanz- und Budgetausschuß beteiligten sich außer dem Berichterstatter noch Bundesminister für Finanzen Dr. Riebenböck, Sektionschef Dr. Dorrek und die Abg. Zelenka, Steinegger, Schiegl und Dr. Angerer. Anträge wurden zu diesem Titel im Finanz- und Budgetausschuß nicht gestellt.

Ich habe demnach die Ehre, namens des Finanz- und Budgetausschusses dem hohen Hause den Antrag zu stellen, es wolle dem Kapitel 27, Titel 2, „Salz“, des Bundesvoranschlages für 1924 in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt werden.

Spezialberichterstatter **Reiner**: Hohes Haus! Ich habe über das Kapitel 27, Titel 3, „Staatslotterien“, folgendes mitzuteilen. Wenn über dieses Kapitel hier gesprochen wird, so darf wohl eines Mannes nicht vergessen werden, der durch viele Jahre die lichtvollsten Ausführungen über dieses Kapitel gemacht hat: es ist dies Dr. Roser, der Abgeordnete von Trauttenau, der im alten Hause einfach alle Argumente, die gegen die Staatslotterien sprechen, angeführt hat und der es doch nicht zuwege bringen konnte, daß man damals schon an deren Aufhebung geschritten wäre. Nun bestand ja von seiten der Regierung die feste Absicht, diese Aufhebung nun endlich in die Wege zu leiten; leider hat aber der verlorene Krieg es doch unmöglich gemacht, hier gründlich vorzugehen. Es darf eben nicht vergessen werden, daß ein Betriebs-

überschuß von 12.717,000.000 K aus diesem Kapitel resultiert und die finanziellen Verhältnisse unseres Staates es nicht gestatten, auf eine solche Post zu verzichten, solange nicht für Ersatz vorgesorgt ist. Es besteht aber die Absicht, einen stufenweisen Abbau der Staatslotteriebetriebe vorzunehmen. So sind beispielsweise schon bis zum heutigen Tage 50 Kollekturen aufgelassen worden und desgleichen das letzte Lottoamt in Linz. Wenn diese Abbauentwicklung so weiter fortschreitet, ist doch damit zu rechnen, daß in einiger Zeit die Staatslotterien gänzlich verschwinden. Maßgebend für den langsamen Abbau ist auch der Umstand, daß wir uns noch in einer Krise befinden, daß es ohnehin Arbeitslose genug gibt, und es wäre ungerecht, wenn man durch den Abbau von weiteren Kollekturen und Ämtern noch mehr Arbeitslose schaffen würde. Es ist also hier wohl berechtigt, wenn man nur langsam an den Abbau dieses Kapitels denkt.

Ich beantrage daher, der Nationalrat wolle beschließen, dem Kapitel 27, Titel 3, „Staatslotterien“, in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage die Zustimmung zu erteilen.

Frau **Tusch**: Hohes Haus! Es ist allgemein bekannt, daß durch den Genfer Vertrag das Tabakmonopol verpfändet wurde und daß dessen Einnahmen sowie die Einnahmen aus den Zöllen zur Verzinsung und Amortisation der Völkerbundkredite dienen. Nun könnte man meinen, daß es genügen sollte, daß man sich doch damit zufrieden geben könnte, aus dem Tabakmonopol so viel Gewinn herauszuholen, als zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich ist. Doch der Herr Generalkommissär, welcher uns vom Völkerbunde als Beigabe zu den Krediten präsentiert wurde, ist damit nicht zufrieden. Und seine Unzufriedenheit findet seinen Ausdruck darin, daß er der österreichischen Tabakregie einen Berater beistellte, den Herrn Miprandi, Sektionschef im italienischen Finanzministerium und gleichzeitig Referent des dortigen Tabakmonopols. Nun, der Umstand schon, daß dieser Berater Leiter eines ausländischen Tabakmonopols ist und daß man demselben Einblick in die innersten Geschäfte der österreichischen Tabakregie gibt, ist ganz unverständlich, noch unverständlicher aber ist, daß man demselben sogar ein bestimmtes Produktionsverfahren bei Verarbeitung des Tabakes zugänglich macht. (*Hört! Hört!*) Nun, alle Welt weiß, daß die italienischen Tabakfabrikate sicher zu den aller schlechtesten gehören. Trotzdem soll aber auch hier in Österreich nach diesem Muster gearbeitet werden. Und Herr Miprandi empfiehlt uns das italienische Muster auch noch auf anderen Gebieten, indem er darauf verweist, daß das Tabakmonopol viel zu viel Personal habe und daß vor allem unsere Raucher viel zu viel rauchen und vor allem auch viel zu gut und viel zu billig. Und es ist seine Meinung, daß daher vor allem die österreichischen Fabrikate verteuert und verschlechtert werden müßten. (*Ruf: Das auch noch!*) Nur dadurch könne die Tabakregie aus dem Tabakmonopol einen

größeren Reingewinn erzielen. Meiner Ansicht nach hat es unsere hohe Regierung an Preisregulierungen und Preiserhöhungen sicherlich nicht fehlen lassen. Sie hat auf diesem Gebiete ihr möglichstes geleistet und die meisten Fabrikate haben die Goldparität bereits überschritten. Ich erlaube mir, dem hohen Hause zunächst jene Sorten zur Kenntnis zu bringen, die die Goldparität nicht überschritten haben, das sind die Zigaretten des allgemeinen Tarifs, zunächst die Ägyptischen. Sie kosteten im Frieden 6 h, nach der Goldparität müßten sie 864 K kosten, sie kosten derzeit jedoch nur 600 K, das ergibt ein Minus von 264 K. Die Mirjam haben im Frieden 5 h gekostet, nach der Goldparität wären das 720 K, sie kosten aber nur 500 K, das ist also ein Minus von 220 K. Bei den Damen ist ein Minus von 226 K vorhanden, bei den Sport ein solches von 82 K und bei den Dramas von 38 K.

Ein Minus weisen noch auf die Trabucos, und zwar ein solches von 192 K und die Graciosas von 320 K.

Von den Spezialzigarren weisen ein Minus auf: *Regalia favorita* ein solches von 432 K, *Operas especial* von 432 K, *Trabucos especial* 544 K, *Regalia* 456 K, *Prensados* 116 K, *Regalia media* 80 K, *Brebas* 208 K, *Portorico especial* 48 K, *Havana-Virginier* 480 K, *Infantes* 240 K, *Senoritas* 784 K.

Es gibt auch Spezialzigaretten, die ein Minus aufweisen, und zwar die Coronas von 528 K — sie kostete im Frieden 12 h, jetzt 1728 K —, die Sphinx ein Minus von 440 K, die La Favorite von 308 K, die Amneris von 396 K, die Theba von 308 K, die Moeris von 414 K, die Rhedive von 308 K, die Dames von 464 K, die Nil von 308 K und die Prinzessas von 414 K. Bei den Spezialzigarettentabaken weisen ein Minus auf die Sultan flor: sie haben im Frieden 650 h pro 100 Gramm gekostet, das wäre nach der Goldparität 93.000 K, kosten aber heute nur 88.000 K, somit ergibt sich ein Minus von 5300 K. Alle übrigen Sorten aber weisen ein Plus auf, das heißt, sie haben die Goldparität bereits überschritten. Von den Zigarren des allgemeinen Tarifs haben die Regalitas im Frieden 20 h das Stück gekostet, das wären nach der Goldparität 2880 K; sie kosten aber jetzt 3000 K, das ist ein Plus von 120 K. Dann sind die *Britanicas*.

Die *Britanicas* haben 16 h gekostet, nach der Goldparität würden sie 2304 K kosten, sie kosten jedoch 2500 K, das ergibt daher ein Plus von 196 K. Die *Panetelas* ergeben ein Plus von 84 K, die *Operas* ein Plus von 184 K die *Virginier* ein Plus von 416, die *Cuba-Portorico* ein Plus von 216, die *Brasil-Virginier* ein Plus von 104, die gemischten Ausländer, die „kurzen Zigarren“, ein Plus von 36 K.

Rauchtabak des allgemeinen Verschleißes: Das Päckchen Drei König kostete 16 h, würde nach der Goldparität 2304 kosten, kostet jedoch heute 3500 K, somit ein Plus von 1196 K. Beim *Anaster* ergibt sich

ein Plus von 696, beim gewöhnlichen Landtabak, von dem früher ein Päckchen 8 h kostete und der heute 1400 K. kostet, ergibt sich ein Plus von 248 K. Ein Plus ergibt sich auch beim Feinen Türkischen und beim Feinen Bulgargischen, dann bei den Luxuszigarren Ideales, Victorias, Entratos, Imperatores, Aromaticos und Graciosa.

Ein Plus ergeben auch die Spezialzigarettentabake, und zwar der Superfeine Türkische 8000 K, der feine Rir von 16.800, der Feine Purlitschan von 14.560 und der Feinste Bulgargische (Herzegowina) von 8000 K.

Diese Ziffern widerlegen schon die Äußerungen dieses sogenannten Sachmannes und zeigen, daß der von ihm gewiesene Weg für die österreichische Tabakregie nicht gangbar ist, denn die Einhaltung der Ratschläge des Herrn Misprandi würden gar nichts anderes bedeuten als ein gewalttames Erschlagen dieses österreichischen Unternehmens. Deshalb stellen wir uns in Gegensatz zu seinen Anschauungen, wir haben die gegenteilige Meinung und sagen: Das Gegenteil dessen muß gemacht werden, die Fabrikate müssen nach Möglichkeit eine Verbesserung erfahren und man muß, soweit es geht, dem Geschmack der Raucher entsprechen. Nur dann wird es möglich sein, den Umsatz zu steigern und bei gesteigertem Umsatz einen höheren Reingewinn zu erzielen. Wir wissen ganz gut, daß das Tabakmonopol eine Steuerquelle ist, es darf aber nicht allein als Steuerquelle betrachtet werden, denn es hat auch volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen und in erster Linie die Raucher zu befriedigen. Damit aber das Tabakmonopol seiner Aufgabe gerecht werden kann, muß die Verwaltung der Tabakregie — und dies ist ein sehr notwendiges und dringendes Bedürfnis — endlich einmal von der Hoheitsverwaltung losgelöst werden. Der Finanzverwaltung soll nach unserer Meinung einzig und allein nur die Bestimmung über die Höhe der Steuern belassen werden. Das mag vielleicht manchem nicht recht verständlich sein, aber es ist ein dringendes und notwendiges Bedürfnis, denn die Bureauraten des Finanzministeriums haben nicht das geringste Interesse, aber auch nicht das Verständnis dafür, was die Bedürfnisse eines Produktionsbetriebes sind. Wir werden im Laufe der Ausführungen ja sehen, wie berechtigt diese Forderung ist. Es ist allgemein bekannt, daß im Jahre 1922 bei der Tabakregie eine Absatzkrise einsetzte, die bis Mai 1923 andauerte. Alle Ursachen dieser Krise hier aufzuzählen, würde zu weit führen; doch soll eines gesagt werden: Die erste Folge dieser Absatzkrise war, daß man in den Tabakfabriken die Arbeitszeit von 44 Stunden auf 40 Stunden in der Woche also um 4 Stunden verkürzen mußte. Doch diese Maßnahme allein genügte nicht und es mußte am 28. Juni 1923 die Zahl der Beschäftigten durch Abbau reduziert werden. In der Erkenntnis, daß der Arbeiterabbau den da-

maligen Anforderungen der Produktion und des Verschleißes entsprochen hat, hat man unter Wahrung der Rechte der Abgebauten dareinwilligen müssen. Nun aber hat sich die Situation geändert, die Verhältnisse sind heute andere geworden, denn der Verschleiß der Tabakfabrikate ist inzwischen enorm gestiegen und die Vorräte, die früher angehäuft waren, haben sich verringert. In welchem Ausmaße die Steigerung des Verschleißes zugenommen hat, möchte ich ebenfalls mit einigen Ziffern erhärten.

An Zigarren wurden im Juli erzeugt 8·7 Millionen, verkauft 13·2 Millionen; im August wurden 7·9 Millionen erzeugt, 13·6 Millionen verkauft; im September 11·2 Millionen erzeugt, 13·4 Millionen verkauft; im Oktober 7·7 Millionen erzeugt, 14·4 Millionen verkauft; im November 7·8 Millionen erzeugt, 19·3 Millionen verkauft; im Dezember 9·8 Millionen erzeugt, 21·3 Millionen verkauft; im Jänner 9·2 Millionen erzeugt, 15·8 Millionen verkauft; im Februar 9·5 Millionen erzeugt, 22 Millionen verkauft.

An Zigaretten wurden im Juli 163·6 Millionen produziert, 234·9 Millionen verkauft; im August 144·4 Millionen erzeugt, 266·2 verkauft; im September 187 Millionen erzeugt, 262 verkauft; im Oktober 163·4 Millionen erzeugt, 271 Millionen verkauft; im November 152·1 Millionen erzeugt, 268·8 verkauft; im Dezember 203 Millionen erzeugt, 288 verkauft; im Jänner 217 Millionen erzeugt, 269·5 Millionen verkauft; im Februar erzeugt 234 Millionen, verkauft 308·5 Millionen.

Diese Zahlen zeigen, daß die Tabakregie mit der Arbeiterzahl, die sie nunmehr beschäftigt, den Konsum unmöglich mehr befriedigen kann. Eine ökonomische Verwaltung müßte sofort daran gehen, wieder Arbeiter in die Arbeit einzustellen. Die Verwaltung der Tabakregie aber sucht sich mit allen Mitteln zu helfen, besonders damit, daß sie die Arbeiter von einem Arbeitsplatz zum anderen versetzt, nur zu dem Zweck, um das dringlichste Augenblicksbedürfnis befriedigen zu können. Es ist charakteristisch und es zeigt schon, welche Arbeiterfreundlichkeit hier besteht, daß man bei dieser Versetzung versucht hat, und zwar entgegen den Bestimmungen des Kollektivvertrages, den Abgang, der in der Anlernungszeit entsteht, weil in dieser Zeit die Arbeiterin nicht so viel leisten und nicht so viel verdienen kann, dadurch zu decken, daß man die Kosten der Neuanlernung der versetzten Arbeiter alle auf die Arbeiter abgewälzt hat. Erst auf energisches Einschreiten der Gewerkschaftsorganisation wurde dann endlich diese Praxis beseitigt. Diese Art aber verteuert die Produktion, weil die Leistungsfähigkeit der Arbeiter während der Anlernzeit nicht dieselbe wie sonst, sondern beträchtlich gemindert ist. Dazu kommt bei dieser Methode noch eine Menge von ganz unnötigen Transportkosten, weil bestimmte Arbeiten auf einzelne Betriebe aufgeteilt werden müssen. Nun ist es schon produktionstechnisch ganz

unhaltbar, ganz unbegreiflich und unmöglich, daß man nach einer Schablone abbaut, denn die Zahl der Beschäftigten muß sich immer den Bedürfnissen des Konsums anpassen. Aber ebenso, wenn nicht noch unökonomischer ist es, daß man Arbeiter, mit ganz unzureichenden Zuwendungen spazieren gehen läßt und dadurch dann die Produktion verteuert. Das war vielleicht zu ertragen, so lange die Arbeiter wußten, daß diese Vorräte aufgestapelt sind, es war ihnen auch klarzumachen, daß die Abgebauten, solange nicht beschäftigt werden können, solange der Verschleiß nicht ein anderer, ein besserer wird. Aber heute ist das nicht mehr zu ertragen, denn der gegenwärtige Verschleiß erfordert im Gegenteil eine Wiederaufnahme, und zwar eine sofortige Wiederaufnahme von mindestens 1100 Zigarrenarbeiterinnen — das ist das Mindestmaß! — und 300 Arbeitern für die übrigen Fabrikationszweige. Dazu kommt noch eine fast krankhafte Sucht der Generaldirektion, die Leistungen zu erhöhen. Anstatt Arbeiteraufnahmen zu machen, versucht man überall nach Möglichkeit, die Leistungen hinaufzuschrauben. Soweit dies durch technische Verbesserungen und durch die Vereinfachung der Arbeit möglich ist, stellen sich die Gewerkschaftsorganisation sowie die Betriebsräte dem nicht nur nicht entgegen, sondern sie unterstützen im Gegenteil diese Bestrebungen. Das möchte ich ebenfalls an zwei Beispielen beweisen. Im Jahre 1904 betrug die Jahresdurchschnittsleistung einer Arbeitsperson in der Zigarrenfabrikation, wo es nur reine Handarbeit gibt, 55.060 Stück. Im Jahre 1922/23, wo man genötigt war, nur 40 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen, betrug die Leistung 54.600 Stück. Heute, wo wieder die vollen 44 Stunden in der Woche gearbeitet wird ist die Leistung bedeutend höher, als sie im Jahre 1904 war. (Hört! Hört!)

Ganz genau so ist es auch in der Zigarettenfabrikation. Dort hat sich die Leistung mindestens verzehnfacht. Allerdings ist in diesem Fabrikationszweig der wesentlichste Teil dieser Leistungssteigerung auf technische Einrichtungen zurückzuführen. Aber trotzdem kann nicht bestritten werden, daß auch dort die Leistungen der Arbeiter enorm gestiegen sind. Ganz gleich sind die Verhältnisse aber auch in den übrigen Fabrikationszweigen, in der Rauchtabakvorrichtung, in der Zigarettenvorrichtung, in der Verpackung usw. Überall hat die Leistung eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Diese Tatsachen widerlegen das dumm-dreiste Geschrei der Unternehmer nach einer Verlängerung der Arbeitszeit. Ich bedaure, daß der Herr Abg. Klimann nicht hier ist. Ich möchte diese Worte ganz besonders an seine Adresse gerichtet haben.

Die Generaldirektion erhöht aber auch solche Leistungen, wo eine Erhöhung der Arbeitsleistung die Qualität der Fabrikation beeinträchtigt. Es gibt mancherlei Beschwerden über die mindere Qualität der Zigaretten, welche berechtigt, mitunter auch unberechtigt sind.

Wenn die Qualität der Zigaretten nicht entspricht, so ist das nicht allein auf die verwendeten Rohstoffe zurückzuführen, die hauptsächlichste Ursache liegt darin, daß hier von der Arbeiterschaft allzu große Leistungen verlangt werden. Man kann daher mit Recht sagen, daß die Ursache der minderen Qualität der Zigaretten einzig und allein in der übergroßen Leistung liegt. Bei den derzeitigen Leistungen der Arbeiter ist es ganz unmöglich, die Mischungen und die Vorarbeiten in der Vorrichtung mit jener Sorgfalt durchzuführen, die die Fabrikation erfordert. Auch bei den Zigarren macht sich das schon bemerkbar. Auch hier sind es nur die Sparmaßnahmen, welche dazu führen, daß einzelne Sorten zu früh, bevor sie noch entsprechend fermentiert haben, in den Verschleiß gelangen. Die vor einem Jahre vorhandenen Vorräte sind aufgebraucht und infolge des Arbeitermangels müssen daher die Zigarren zu früh in den Verschleiß kommen.

Es ist bekannt, daß die Zigarre fünf bis sechs Monate lagern muß, bis sie dem Geschmack entspricht. Je länger die Zigarre lagert, desto besser wird sie. Es liegt mir fern, in Abrede zu stellen, daß die Tabakregie sich vielleicht nicht bemühen würde, die Qualität der Fabrikate zu heben, und ich sage ganz offen, dies wurde zum Teil auch erreicht. Soll hier ein vollständiger Erfolg erzielt werden, will man eine wirklich gute Qualität erreichen, dann muß vor allem die Sucht nach derartigen Leistungserhöhungen verschwinden. Dann und nur dann wird es möglich sein, den österreichischen Tabakfabrikaten wieder jenen Ruf zu schaffen, den sie einstens hatten.

Es geht auch nicht an, fortwährend nur auf Kosten der Arbeiter zu sparen, während man andere Gebiete einfach nicht beachtet. Während man auf Kosten der Arbeiter, auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter in ganz unrationeller Weise Ersparungen zu erzielen trachtet, bleibt merkwürdigerweise im Verschleiß nicht nur der alte Schlendrian aufrecht, sondern man muß sagen, er hat sich noch wesentlich verschlechtert. Wie unrationell da gearbeitet wird, sei nur an einigen Beispielen dargestellt.

Die Tabakregie verwendet auch dort Verleger als Zwischenhändler, wo sie selbst dieses Geschäft besorgen könnte. So gibt es in Graz zwei Verleger, die Tabakregie hat aber dortselbst ein Verschleißmagazin, das ohne weiteres die Fassungen an die Trafikanten abgeben könnte. In Fürstfeld befindet sich der Verleger hundert Schritt von der Fabrik. Die gleichen Verhältnisse finden wir in Linz, in Hallein, in Schwarz, in Klagenfurt, in Krems-Stein, es ist überall dasselbe. In Wien hat die Tabakregie zwei Verschleißmagazine und doch wird in keinem einzigen die direkte Abgabe an die Trafikanten durchgeführt. Würde dies geschehen, dann könnten Riesensummen erspart werden, denn es gibt Verleger, die nach hoher Einschätzung der Regiespesen mehr als 150 Millionen Kronen im Jahre rein verdienen. (Hört! Hört!) Würde die Tabakregie

wenigstens im Anschluß an die eigenen Tabakfabriken, an die Verschleißmagazine wie in Graz, die direkte Abgabe an die Trafikanten einrichten, dann wären die dadurch erzielten Ersparnisse groß genug, um die sozialen Pflichten erfüllen zu können, denen sich die Tabakregie entzieht, die sie jetzt gestrichen hat.

Von den Verhältnissen, wie sie heute herrschen, will ich nur einen Fall aus Klagenfurt herausgreifen. Die Frau eines Tabakarbeiters, gleichfalls Tabakarbeiterin, ist mit einem Lungenleiden befallen. Der Doktor läßt, sie nicht arbeiten, sie muß ins Allgemeine Krankenhaus, wo ein Pavillon für Lungenkranke angebaut ist. Dort soll die Frau bleiben, bis sie gesund ist. Die Leute haben fünf Kinder. Während sie in Spitalsbehandlung stand, ist ihr ein Kind gestorben und man verlangt nun, daß der Mann allein die ganzen Spitalskosten bezahlt, weil sie eben in diesem Pavillon für Lungenkranke untergebracht ist. Ich glaube, es wäre wohl Aufgabe der Generaldirektion, ihren sozialen Pflichten nachzukommen (*Sehr richtig!*), denn die erforderlichen Mittel dazu sind vorhanden.

Noch schlimmer allerdings steht es mit der Trafikantenfrage. Eine vernünftige Regelung des Verschleißwesens könnte Unsummen ins Ersparen bringen, ohne daß man den Trafikanten selbst schädigt. Es ist zu beachten, daß da vielfach die besten Trafiken in Händen von Leuten sind, die überhaupt keine Arbeit leisten und die mit der Trafik in Wirklichkeit gar nichts zu tun haben, sondern die ihnen verliehene Trafik sehr schlecht bezahlten Angestellten überlassen und sich bloß darauf beschränken, daß sie wöchentlich oder monatlich den Reingewinn einheben. Diese Trafikinhaber sind häufig vernünftig, besitzen sogar Willen und alles Mögliche und beziehen nicht selten neben ihrer Trafik noch eine recht große staatliche Pension. (*Hört!*)

Würde man diese Trafiken ausnahmslos an Schwerinvalide und Notleidende abgeben, dann könnte man sich mit diesem Zustande noch abfinden; gegenwärtig aber bedeuten diese Verhältnisse eine ganz enorme Verschleuderung staatlicher Gelder und sind somit nicht anders zu nennen als ein Skandal. Bei den Arbeitern und Angestellten weiß man nicht, an welchen Ecken und Enden man mit dem Sparen beginnen soll; da wird so gespart, daß es vielfach auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterschaft geht.

Deshalb verlangen wir heute von dieser Stelle aus, daß die Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaftsorganisation und mit dem Zentralbetriebsrat sofort aufgenommen werden, damit die mit Zuwendung abgebauten Arbeiterinnen und Arbeiter, damit die erwerbsfähigen Provisionisten der Tabakregie wieder aufgenommen werden können. In diesem Zusammenhange soll es dann möglich sein, auch die Alters- und Invaliditätsversicherung der Tabakarbeiter entsprechend den Forderungen des Zentralverbandes der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter endlich einmal zu regeln. Wir stellen nicht nur Forderungen, hohes Haus,

sondern wir zeigen auch die Mittel und Wege, um die dadurch entstehenden Mehrausgaben decken zu können.

Im Zusammenhange mit dieser Frage sei noch auf eine andere Notwendigkeit verwiesen. Seit dem Jahre 1912 hat die Tabakregie keinen Praktikanten mehr aufgenommen. Die vorhandenen geschulten Beamten scheiden aus und die Zeit ist gar nicht mehr ferne, wo die Tabakregie keinen geeigneten Abteilungsleiter, noch viel weniger aber einen geeigneten Direktor haben wird. In der Generaldirektion ist nur mehr ein einziger fachlich ausgebildeter Konzeptsbeamter vorhanden, der auch fachliche Kenntnisse über die Rohtabake besitzt. Das ist aber ein Raubbau, so kann ein Unternehmen nicht geführt werden. In der Verwaltung mag dieser Zustand ja keine Gefahr bilden, aber in einem Unternehmen, wie die österreichische Tabakregie, bildet das eine sehr schwere und eine sehr ernste Gefahr, denn ein tüchtiger Tabakfabrikbeamter braucht mindestens zehn Jahre, um sich die fachlichen Kenntnisse anzueignen, die ihn dann befähigen, alle an ihn gestellten Anforderungen auch zu erfüllen. Auch für die Ausbildung der Werkführer wird derzeit nicht das geringste unternommen.

Alle diese Forderungen müssen ihre Erfüllung finden, denn nur dann, wenn diese Fragen einer Lösung zugeführt werden, ist es möglich, daß dieses Unternehmen, welches heute das gewinnbringendste Unternehmen des Staates ist, vor Schaden bewahrt werde. Will die Tabakregie, daß die Arbeiter und Angestellten, so wie bisher, an dem Wohlergehen des Unternehmens mitarbeiten, dann müssen auch die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten endlich befriedigt werden. Die Tabakregie war der erste Bundesbetrieb, der sich aus eigener Kraft saniert hat. Das ist nicht vielleicht das Verdienst der Verwaltung der Tabakregie, sondern einzig und allein dem verständnisvollen Zusammenwirken der Arbeiter und Angestellten zu danken. (*Zustimmung.*) Es gab eine Zeit, wo die Tabakregie ohne jede Verwaltung dagestanden ist. Und gerade damals haben die Arbeiter und Angestellten zur Genüge bewiesen, welches Verständnis sie den Unternehmern entgegenzubringen imstande sind. Heute jedoch gärt es unter den Arbeitern, aber es gärt auch ganz gewaltig unter den Angestellten. Und beide Gruppen stellen sich heute die berechtigte Frage, welchen Zweck denn ihre Mitarbeit gehabt hat, bei der sie gedurft und gehungert haben, wenn man ihnen heute, wo sie das Unternehmen gehoben haben, die bescheidensten und gerechtesten Forderungen verweigert. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Dr. Dinghofer den Vorsitz übernommen.)

Frau Rudel-Beynec: Hohes Haus! Der Herr Berichterstatter hat in seinen Ausführungen hervorgehoben, daß die Gewinnung von Absatzmöglichkeiten eine grundlegende Frage der Salinen ist. In diesem Zusammenhange sei es mir gestattet, auf eine Aktion

hinzuweisen, die bei uns in Österreich einen bedeutenden Umfang angenommen hat, und zwar ist das die Aktion der Verbreitung des jodierten Salzes. 20 Prozent des Salzkonsums sind heute jodiertes Salz. Ich erlaube mir zu erinnern, daß diese Aktion ihren Ausgangspunkt von einer Anfrage genommen hat, die die Abg. Rudel-Zehnek und Johann Gürtler im vorigen Jahre an den Bundesminister für soziale Verwaltung gestellt haben. Die wissenschaftliche Grundlage dieser Anfrage haben die Ergebnisse der Forschungen des Hofrates Professor Dr. Wagner-Jauregg gegeben, der sich jahrelang mit dieser Frage befaßt hat und schon auf die Schweizer Erfolge, die auf diesem Gebiete erreicht worden sind, hinweisen konnte. Es haben damals im Bundesministerium für soziale Verwaltung mit Professor Wagner-Jauregg und anderen medizinischen Fachleuten Besprechungen stattgefunden und es wurde bestimmt, daß das Jod dem Speisesalz als Jodkali in flüssiger Form und in einer solchen Menge zuzufügen ist, daß auf ein Kilogramm Speisesalz fünf Milligramm Jodkali, das sind 0,0005 Prozent entfallen. Nachdem die bei der Saline Bad Aussee im Mai 1923 durchgeführten Vorversuche die gewünschten Aufschlüsse über die Vorgangsweise zur Massenerzeugung von jodiertem Speisesalz geliefert haben, wurde die Erzeugung und der Absatz dieses Salzes bereits mit August 1923 bei den Salinen Ebensee, Bad Aussee, Hallein und Hall aufgenommen, welchen später auch die Salinen Bad Ischl und Hallstatt nachfolgten. Man mußte damals das Publikum erst für das Jodsalz gewinnen, aber das war nicht so leicht. Es war auch in den Alpenländern nicht so leicht. Erst später hat man eingesehen, daß diese Angelegenheit nicht eine Angelegenheit der Alpenländer, sondern eine Angelegenheit von ganz Österreich, ja auch über die Grenzen Österreichs hinaus geradezu eine internationale Angelegenheit sei. Für uns in Österreich ist aber ihre Bedeutung deshalb so groß, weil durch den Entfall des galizischen Salzes, das einen leichten Jodzusatz gehabt hat, und insbesondere durch den Entfall des Meersalzes, mit dem doch viele Leute bei uns in Österreich zu kochen pflegten, die Verbreitung der Kropfbildung gefördert wurde. Der Kropf kommt nicht nur bei uns in Steiermark vor, auf das man bekanntlich immer hinweist, sondern ist heute auch in Wien eine sehr verbreitete Erscheinung. Es war daher zu begrüßen, daß man an die Ausgabe und Herstellung des jodierten Salzes geschritten ist.

Es wurde die Zwangsabgabe von jodiertem Speisesalz festgesetzt, in der Weise, daß von jeder bei den Salinen einlaufenden Bestellung auf Speisesalz 10 Prozent als jodiertes und 90 Prozent als gewöhnliches Speisesalz geliefert werden, wodurch die Gewähr geschaffen wurde, daß jodiertes Speisesalz allentorts erhältlich ist. Die Erzeugung des jodierten Speisesalzes erfolgte in der ersten Zeit ausschließlich auf händischem Wege durch Beimengung des Jodkalis zum Speisesalze mittels einer Perolinspritze und Vermengung des

jodierten Salzes durch Umschäufeln. Als sich die Abnahme dieses Salzes schon nach kurzer Zeit zusehends hob, wurde im Oktober 1923 bei den Salinen Ebensee, Hallein und Hall an die Jodierung des Speisesalzes auf mechanischem Wege geschritten.

Da heute schon rund 20 Prozent des Speisesalzbedarfes in Form von jodiertem Salz abgesetzt werden und mit einer weiteren Zunahme des Jodsalzabfahses zu rechnen ist, besteht die Absicht, in nächster Zeit das Bilinski-Werk der Saline Ebensee für die Jodsalzerzeugung heranzuziehen, da dieses Werk räumlich und durch seine bereits vorhandenen Heizeinrichtungen den Einbau einer Trommel für die Trocknung und Mischung des Salzes ohne weiteres gestattet und eine äußerst wirtschaftliche Erzeugung des jodierten Speisesalzes gewährleistet. Unser Wunsch geht dahin, die Monopolverwaltung aufzufordern, daß sie mit dem Ausbau des Salinenwerkes in Ebensee so bald als möglich beginne. Auf diesem Wege müssen ja auch neue Arbeitskräfte beschäftigt werden. Wir haben aber noch eine andere Bemerkung zu machen. Es ist in der Presse vermerkt worden, daß die Packung des jodierten Salzes manchmal nicht genügend kenntlich war, das heißt, daß sie sich nicht von der Packung des gewöhnlichen Salzes unterscheiden hat. Nun ist das freilich nicht eine Sache der Monopolverwaltung, sondern des Verschleißes. Aber die Monopolverwaltung möge sich in Anbetracht der hohen Bedeutsamkeit der Frage auch um eine entsprechend sorgfältige Verpackung kümmern. Wir müssen es sehr begrüßen, daß das Verständnis in unserer Bevölkerung zum Reisen kommt, daß man, durch kleine Mittel vorbeugend, großen Schäden begegnen kann. Daher stellen wir das Ersuchen, daß die Verpackung in einer Weise erfolge, daß nicht durch eine Verwechslung eine Irreführung der Bevölkerung möglich ist. Jedenfalls ist diese Frage, die für die Salinenwerke und die Monopolverwaltung überhaupt in späterer Zeit auch die Frage des Exportes bedeuten kann, nach vielen Richtungen hin eine wichtige und vor allem nach der einen Richtung, daß wir für das Wohl und die Gesundheit unseres Volkes damit etwas zu leisten imstande sind. (Beifall.)

Scheibin: Hohes Haus! Die Sanierung hat auch unter den Arbeitern und Angestellten der Salinen ihre Opfer gefordert und nach dem uns vorliegenden Berichte sind im ganzen 80 Angestellte und 968 Arbeiter abgebaut worden. Auch der Herr Berichterstatter hat in seiner Einleitung betont, daß es Zeit wäre, den Wünschen und Forderungen der Angestellten und Arbeiter in der Saline entgegenzukommen. Ich will heute meine Aufgabe dahin lösen, daß ich lediglich die Saline in Hall in Tirol bespreche. Ich habe mit den Arbeitern und Angestellten der dortigen Saline mehrere Besprechungen gehabt und muß bemerken, daß das Finanzministerium in Hall infolge der Sanierung nicht weniger als fünf Sudöfen eingestellt hat. Erst in der letzten Zeit hat man wieder einen zweiten Sudofen in Betrieb gesetzt und durch diese Inbetriebsetzung sind die Gesteungskosten

von 217.000 K pro Meterzentner auf 140.000 K gesunken. Das Kilogramm Blankfalz kostet ab Saline Hall 3600 K. Die Arbeiter und Angestellten können nicht verstehen, warum der Verkaufspreis 6000 K und darüber pro Kilogramm beträgt, und sind der Meinung, daß hier ein außerordentlich hoher Zwischengewinn vorhanden ist, der lediglich den Verschleißern zufällt, so daß die Wünsche und Forderungen der Angestellten keine Berücksichtigung finden können.

Außerdem ist die Saline durch die sogenannten Rochsalzstiftungen und anderen Stiftungen sehr schwer belastet und das hohe Haus wolle mir gestatten, daß ich auf Grund der in Hall vorliegenden Bücher die vor Jahrhunderten eingetragenen und dormalen noch gültigen Stiftungen dem hohen Hause zur Kenntnis bringe. Es bekommt von der Saline Hall Abantung Johann, Besitzer des Meierhofes in Aymanns jährlich 1 Meterzentner und 62 Kilogramm Salz. Das Kloster Georgsberg, respektive Stift Ficht 32 Meterzentner 48 Kilogramm, weiter dasselbe Kloster zum Einsalzen von Fischen 2 Meterzentner 52 Kilogramm, das Kloster der Dominikanerinnen in Thalbach bei Bregenz 19 Zentner 49 Kilogramm, die Pfarrkirche in Kaltenbrunn 1 Zentner 62 Kilogramm, die Benediktinerabteilung in Marienberg 19 Zentner 49 Kilogramm, von Frau Elionore als Menzische Erben 16 Zentner 24 Kilogramm, Institut der englischen Fräuleins in Meran, Befehlssbuch Seite 1038 vom Jahre 1765, 16 Zentner 24 Kilogramm, Kloster der regulierten Chorherren in Neustift 38 Zentner 98 Kilogramm, Zisterzienser Abtei in Stams 214 Zentner 39 Kilogramm, Baron Sternbach als Besitzer des Schlosses Thaur 8 Zentner 12 Kilogramm, Kloster der Serviten in Rattenberg 6 Zentner 50 Kilogramm, Prämonstratenser Abtei in Wilten, Verleihbrief König Heinrichs von Böhmen, 51 Zentner 97 Kilogramm, Stadtspital in Innsbruck 19 Zentner 49 Kilogramm. Dazu das Mußsalz der Stadt Hall, Zahl 8800 vom 15. Februar 1818. Dann ist die Rochsalzverabfolgung an die Franziskaner in Nord- und Südtirol, desgleichen an die Kapuziner, pro Kopf 9 Kilogramm je nach der Anzahl des Standes, auch die Laienbrüder inbegriffen.

Außer Rochsalzdeputaten sind auch Holzdeputate, Stiftungen von den Salinen zu erfüllen, und zwar: das Spital der Stadt Hall hat früher 138 Raummeter bekommen. Diese Stiftung wurde, weil sie für ein Spital gehört, gestrichen. Die Normalschule in Hall hat 25 Raummeter bekommen, diese wurden gestrichen. Das Benefiziat der St. Salvatorkirche in Hall mit Mesner und Organist zusammen 46-89 Raummeter; das wurde natürlich nicht gestrichen. Holzdeputate ad personam: Stadtpfarre in Hall 68 Meterzentner, Organist bei St. Nikolaus Pfarrkirche in Hall 9 Meterzentner. Unleserlich 18½ Meterzentner. Diese Aufzeichnungen findet man im Repertorium der Salzamtlichen Verordnungen vom Jahre 1740 bis 1787 auf Seite 289.

Aber nicht nur Holz und Salz, sondern auch Wachs muß der Staat liefern, und zwar nach Alt-Ötting 26½ Kilogramm für Kerzen, gestiftet vom Erzherzog Leopold im Jahre 1630, zu lesen Befehlssbuch Seite 1126, Hoffkanzleierlaß vom 14. Juni 1816, Z. 8442, und Direktionsverordnung vom 10. Juni 1816, Z. 1498, in der Salinenkanzlei in Hall zu finden. Dann sind die Salzknollengelder in Vorwerk; sie werden an verschiedene Personen geleistet. Außerdem muß für die Erhaltung der Zinnbrücke in Schwaz, die aus Holz besteht, sehr häufig und ein ehrwürdiges Altertum ist — selbstverständlich die Saline einen Beitrag leisten.

Die Salinenarbeiter in Hall beschwerten sich ohne Rücksicht auf die Partei — ich habe mit beiden Gewerkschaften Besprechungen abgehalten —, daß sie zu kirchlichen Arbeiten kommandiert werden, für die sie nichts bekommen. (Hört!) Sie müssen das heilige Grab in der Franziskanerkirche in Hall aufrichten und müssen im Herbst den Kirchenboden einlegen und im Frühjahr wieder herausnehmen. Wir haben nichts dagegen, wenn die Bevölkerung in Hall diese Arbeiten macht, soweit sie auf Grund ihrer religiösen Bedürfnisse in die Kirche geht. Aber daß man dazu staatliche Arbeiter verwendet und direkt kommandiert, ist einfach unverständlich. In Hall besteht die Befürchtung, daß auf Grund des Gutachtens des französischen Beraters die Saline vollständig aufgelassen wird. Wir möchten uns daher erlauben, die Anfrage zu stellen, wieso es kommt, daß, während von Deutschland allein 800 Waggons Salz jährlich hereingelassen werden, gerade das Salinenwerk Hall, dessen Jahresproduktion zirka 800 Waggons beträgt, aufgelassen werden soll. Im vorigen Jahre hat sich von dieser Stelle der Abg. Niedrist — ein Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung — über den Absatz und den Preis des Viehsalzes beschwert. Ich muß konstatieren, daß sich aus der Statistik ergibt, daß der Konsum des Viehsalzes von Hall zurückgegangen ist und daß sich die Verhältnisse trotz dieser Klage eines bäuerlichen Abgeordneten bisher nicht gebessert haben. Es liegen mir die Auszüge aus den Büchern vor, wonach das Salinenwerk in Hall vollständig aktiv ist und der Betrieb bereits im heurigen Jahre mit der Inbetriebsetzung des zweiten Ofens zu etwa 3 Milliarden Reingewinn gelangen wird. Es ist unverständlich, warum nicht das Absatzgebiet erweitert wird. Wir möchten daher um Auskunft bitten, warum gerade das Salinenwerk in Hall mit so ungewöhnlichen Belastungen beschwert ist, und möchten bitten, daß endlich einmal diese alten Überbleibsel beseitigt werden. Es fallen dabei nicht allein die paar Meterzentner Salz ins Gewicht, die an verschiedene Personen und Klöster abgegeben werden, sondern die administrative Arbeit, die Beamtenarbeit — es wird in Hall verbucht, in Linz verbucht, in Wien geführt — ist doch so groß, daß sie mit den paar Zentnern Salz gar nicht im Einklang steht. Ich möchte bitten, daß diese alten Überbleibsel beseitigt und dadurch der Betrieb rentabler gemacht wird, wodurch es auch möglich würde, den

gerechten Wünschen der Salinenarbeiter entgegen zukommen. (Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)

Klimann: Hohes Haus! Ich erachte es als meine Pflicht, nachdem soviel von den Salinen gesprochen wurde, auch auf die unmöglichen Verhältnisse bezüglich des Fabrikfalzes hinzuweisen. Die Preise für Fabrikfalz sind heute derartige, daß sie von der Industrie einfach nicht mehr bezahlt werden können. Es kostet ein Kilogramm Fabrikfalz ab Saline 1800 K, während das deutsche Fabrikfalz loco Grenze sich nur auf 200 K stellt. Früher hat man den Bedarf der Industrie dadurch decken geholfen, daß das Salz einfuhrfrei war. Nachdem aber unsere Salinen Überproduktion gehabt haben und ungeheure Lagerbestände hatten, hat das Finanzministerium die Einfuhr einfach gesperrt und unsere Industrie gezwungen, das inländische Fabrikfalz zu — wie ich schon betont habe — ganz unerschwinglichen Preisen abzunehmen. Wie steht es denn eigentlich mit diesen ungeheuren Gesteinskosten? Wir haben in Österreich sechs Salinen, und zwar in Ebensee, Hallstatt, Ischl, Aussee, Hallein und Hall. Ebensee allein wäre imstande, den ganzen Inlandsverbrauch zu decken. Da sechs Salinen für diesen geringen Inlandsverbrauch arbeiten, muß selbstverständlich eine Überproduktion eintreten, es müssen sich die Lagerbestände ins Unendliche steigern. An eine Ausfuhr ist naturgemäß nicht zu denken, wenn man das deutsche Fabrikfalz um 200 K bekommt, während das inländische Salz 1800 K kostet.

Die Industrie hat diesem Übel seinerzeit steuern wollen und der Regierung den Vorschlag gemacht, die ursprüngliche Einfuhrfreiheit auf Fabrikfalz wieder herzustellen, jedoch bei voller Bezahlung des entfallenden Zolles. Die Regierung hat diesem Plane nicht zugestimmt, weil sie meinte, daß durch die Einfuhr ausländischen Salzes unsere Salinen dem Verfall überantwortet werden müßten. Darin allein ist aber meines Erachtens der Grund nicht zu suchen. Unsere Produktion kann gegenüber dem Auslande, namentlich gegenüber der deutschen Produktion nicht standhalten. In Deutschland wird das Steinsalz im Tagebau gewonnen, es wird vom Berge gebrochen und ist reines Salz, das nur mehr gemahlen zu werden braucht.

Wie ist die Produktion bei uns? Es wird unterirdisch in das Gestein, das zirka 30 Prozent Salz enthält, Wasser eingelassen, das Salz wird aus dem Gestein ausgelaugt und diese Lösung wird in der Solenleitung zu den Sudhöfen geführt. Schon die Gewinnung der Sole ist viel teurer als der Bruch von Steinsalz. Das ist nur natürlich. Die Sole muß dann in der Hofe verdampft werden und dazu braucht man außerordentlich viel Kohle. Diese Art der Produktion muß, da wir alle Brennstoffe zu ungeheuren Preisen einführen müssen, außerordentlich teuer sein. Aber nicht das allein. Wir haben verschiedene Salinen, die bezüglich

ihrer Produktivität ein ganz ungeheuerliches Bild zeigen, so beispielsweise die Saline Obertraun bei Hallstatt. Es ist nicht recht verständlich, wie man ein derartiges Unternehmen noch aufrechterhält. Die Kohle für diese Saline wird über Ebensee nach Hallstatt geführt, dort aus dem Waggon ausgeladen, in den Kahn verladen, auf das andere Ufer geführt, vom Kahn wieder ausgeladen, in einen anderen Waggon verladen und in die Sudhütte geführt. Bedenken Sie diesen ganz ungeheuren Weg des Brennstoffes allein! Das Salz wird auf demselben Wege: Waggon, Kahn, Waggon bis Ebensee verfrachtet, wo es endlich im Magazin eingelagert wird. Das ist ein vollständig unrentabler wirtschaftlich unmöglicher Betrieb; den muß man einfach zusperrern.

Wenn man bedenkt, daß wir in Österreich sechs Salinen haben und der Bedarf des gesamten Inlandsverbrauchs von der Saline Ebensee allein gedeckt werden könnte, so muß man unwillkürlich zu dem Schlusse kommen, daß auf diesem Gebiete endlich etwas geschehen muß. Die Regierung wird sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Man kann nicht verlangen, daß die Industriezweige, die bei ihrer Produktion auf das Fabrikfalz angewiesen sind, Preise bezahlen, die sie in ihre Kalkulation nicht einstellen können. Andererseits kann man natürlich auch nicht verlangen, daß die Salinen Salz unter den Gesteinskosten abgeben. Da muß von seiten der Regierung eingegriffen werden. Wir stellen uns vor, daß eine Sanierung vielleicht in der Richtung möglich wäre, daß man die Betriebe reduziert, daß man sie konzentriert und daß man die Produktion auf den Speisesalzbedarf einschränkt, daß man jedoch bezüglich des Fabrikfalzes derartige Hemmungen, wie sie bisher bestanden haben, nicht mehr aufrechterhält. Es ist unmöglich, Betriebe auf dem Rücken einzelner außerordentlich wichtiger Industriezweige sanieren zu wollen.

Witzany: Hohes Haus! Wir haben bei den Monopolbetrieben ganz gewaltige Einnahmen zu verzeichnen, und wenn wir hören, daß die ganzen Ausgaben der Hoheitsverwaltung aus den Einnahmen aus den Monopolbetrieben gedeckt werden, so bedeutet dies, daß diese Betriebe eben doch große Summen abwerfen. Insbesondere beim Tabakmonopol ist gegenüber dem Jahre 1922 eine Steigerung der Einnahmen um 409 Milliarden also um 46½ Prozent zu verzeichnen. Die Leidenschaft des österreichischen Volkes, möglichst viel zu rauchen, die gute Luft stets mit Rauch zu verpesten, kommt der Finanzverwaltung außerordentlich zugute. Nicht weniger als 2430 Milliarden werden in Österreich jährlich in die Luft gestaubt. Das ist ein ungeheurer Entzug an Volksvermögen, der da freiwillig abgegeben wird, und da muß ich schon erwähnen, daß unter diesen Leuten, die diese freiwillige Abgabe leisten, heute auch schon sehr viele Frauen sind. Das sogenannte zarte Geschlecht hat sich schon gar sehr an das Rauchen gewöhnt. In Öster-

reich sind das Rauchen, das Trinken und auch das Lotteriespiel besonders gute Einnahmequellen, diese Leidenschaften bringen der Finanzverwaltung sehr große Summen ein. Trotz der hohen Preise der Tabaksorten läßt sich in dem Berichte der Finanzverwaltung eine außerordentliche Zunahme des Tabakverschleißes konstatieren. Im Jänner 1923 betrug der Absatz rund 8 Millionen Zigarren, 185 Millionen Zigaretten, 4-7 Millionen Päckchen Zigarettentabak und 10-3 Millionen Päckchen Pfeifentabak zu 25 Gramm. Im Jänner 1924 waren es rund 16 Millionen Zigarren, also um 100 Prozent mehr, 270 Millionen Zigaretten, also auch beinahe um 100 Prozent mehr, 4-4 Millionen Päckchen Zigarettentabak, also ein kleiner Rückgang, und 13-2 Millionen Päckchen Pfeifentabak. Das beweist, daß das Geschäft sehr gut geht und daß wir auch im heurigen Jahre sehr viel Geld an das Ausland werden abgeben müssen. Wenn wir rechnen, daß wir 3-3 Millionen Wähler haben, von denen zwar der größere Teil Frauen sind, die aber leider auch schon vielfach von der Leidenschaft des Rauchens erfaßt sind... (*Heinl: Die Frauen rauchen mehr als die Männer!*) Das kommt auch vor. Rechnen wir also 3 Millionen Raucher, so ergibt sich, daß jeder Raucher rund 800.000 K im Jahre für Rauchmaterial ausgibt. Der größte Teil dieses Geldes kommt dem Ausland zugute. Da Österreich infolge der Verkleinerung, die es erfahren hat, alle seine Tabakpflanzungen verloren hat, müssen wir den gesamten Rohtabak aus dem Auslande beziehen. Die Einfuhr betrug im Jahre 1922 15,335.500 Kilogramm Tabak und 428.000 Kilogramm Tabakfabrikate, im Jahre 1923 stieg die Menge des eingeführten Tabaks auf 15,617.700 Kilogramm, also um rund 280.000 Kilogramm. Der Wert dieser Einfuhr betrug im Jahre 1922 712, im Jahre 1923, 938 Milliarden.

Für das Jahr 1924 sind im Voranschlag nur 720 Milliarden für den Tabakbezug aus dem Auslande vorgesehen; da aber diese Summe schon im Jahre 1922 beinahe erreicht wurde, können wir ruhig rechnen, daß wir im Jahre 1924 rund 1 Billion Kronen für Rohtabak ausgeben, also freiwillig an das Ausland abführen werden.

Den größten Teil dieser Tabaksorten beziehen wir aus Holland, was ja begreiflich ist, da Holland die besten Tabaksorten aufzuweisen hat und dort auch unsere liebsten Freunde zu treffen sind, die unsere österreichische Regierung hat: dort sitzt ja unser Generalkommissär Dr. Zimmermann, der aber, obwohl er sonst immer so eifrig zum Sparen aneifert, kein Wort darüber findet, daß die Österreicher weniger rauchen sollen; denn das kommt seinen Landsleuten zugute und in der Leidenschaft des österreichischen Volkes für das Rauchen hat nicht nur der Generalkommissär, sondern auch seine Landsleute und der ganze Völkerbund eine außerordentlich gute Einnahmequelle.

Die Güte unserer Rauchsorten, die früher so berühmt waren und auch im Auslande einen sehr großen Absatz fanden, hat ganz bedeutend nachgelassen. Es hat die Frau Abg. Tusch schon darauf hingewiesen, daß die italienischen Virginier eine sehr schlechte Qualität aufweisen. Es sind aber auch unsere eigenen Fabrikate heute schon gar nichts mehr wert und das kommt natürlich von den Methoden, die hier eingeführt worden sind. Man muß wirklich sagen, daß man schon gar nicht mehr weiß, was in den Zigarren und in den Zigaretten enthalten ist. Dazu kommt, daß bei der fabrikmäßigen Erzeugung die Füllung der Zigaretten sehr schlecht erfolgt, so daß die Zigaretten, wenn man sie in der Tasche trägt, auslaufen. Die Folgen dieser schlechten Erzeugung unserer Zigarren und Zigaretten sind auch im Export nach dem Auslande zu spüren. Während wir im Jahre 1922 noch eine Ausfuhr von 451.900 Kilogramm im Werte von rund 22 Milliarden hatten, betrug im Jahre 1923 der Export nur mehr 91.500 Kilogramm im Werte von 3-6 Milliarden. Es scheint, daß hier insbesondere infolge der Entlassung alter Arbeiter und Meister auch die Güte unserer Tabakfabrikate ganz bedeutend nachgelassen hat. Wie die Frau Abg. Tusch schon erwähnt hat, gibt es ja in den verschiedenen Abteilungen sehr wenig Sachverständige und dadurch muß die Sache auch bei den Tabakeinkäufen franken, weil bekanntlich immer die besten Leute nach Holland geschickt werden, um Tabak einzukaufen; wahrscheinlich sind es keine so guten Tabakkenner mehr, so daß man uns die schlechtesten Sorten um das teuerste Geld anhängt.

Die Technik der Zigarren- und Zigarettenherzeugung ist ja eine fabelhafte, und wer in der letzten Messe gesehen hat, wie die Tabakfabrikate bei uns hergestellt werden, muß ja darüber staunen, wieviel hier geleistet worden ist. Leider ist aber hier der Bund ebenso wie die anderen Unternehmer darauf bedacht, alle Arbeiter, die er durch die fabrikmäßige Erzeugung ersparen kann, rücksichtslos auf das Pflaster zu werfen. In der Tabakregie allein wurde der Arbeiterstand bis Ende Juni 1923 laut amtlichen Berichten von 10.301 auf 6340 Mann vermindert; es wurden also rund 4000 Arbeiter oder 38 Prozent der Arbeiterschaft brutal entlassen und es ist nur durch die Organisation der Arbeiterschaft möglich gewesen, hier halbwegs einen Ausgleich in der Richtung zu schaffen, daß die Leute wenigstens anständige Ruhe- und Versorgungsgenüsse erhalten. Der Abbau bei den Beamten wurde schon bedeutend humaner durchgeführt: von 422 Beamten wurden 45 abgebaut, also rund 10 Prozent.

Bei diesem Kapitel, das ja eine gute Konjunktur aufzuweisen hat, möchte ich auch auf die Tabakverschleißstellen hinweisen. Wir haben seinerzeit in das Invalidenentschädigungsgesetz eine Bestimmung aufgenommen, wonach Trafiken, die von den Besitzern als Nebenerwerb betrieben werden, gekündigt und den Kriegsbeschädigten übergeben werden sollen. Nun hat das Finanzmini-

sterium im vorigen Jahr das Gegenteil dieses Gesetzes durch eine Verordnung bewirkt, in der sie die Kündigung überhaupt unmöglich machte. Schwerreiche Kaufleute betreiben heute noch neben ihrem Mühlenbesitz, ihren Tuchgeschäften und Viktualienhandlungen als Nebenverdienst Trafiken. Leute, die sogar sehr übel beleumundet sind, können Trafiken behalten und die Invalidenorganisationen bemühen sich völlig vergebens, Trafiken an die Invaliden zu vermitteln. (*Ruf: Stimmt nicht!*) Ich werde Ihnen gleich einige Beispiele geben, Herr Kollega. Über die Kriegsoffer geht bekanntlich die christliche Regierung immer gerne zur Tagesordnung über. In meinem Bezirke ist beispielsweise ein Trafikant, Kaufmann, Haus- und Ökonomiebesitzer, Tabak- und Pulververschleißer, der wegen Obstdiebstahles, Wilddiebstahles — er hat auch Dachziegel seinem Freunde, dem Pfarrer gestohlen — und wegen Fischdiebstahles zu vier Monaten und dessen Frau, die ebenfalls dabei mitgeholfen hat, zu drei Monaten Kerker verurteilt worden ist. Der Mann hat weiter wegen Schreibens anonymen Briefe im Ausgleichtsverfahren 600.000 K Sühnebetrag und 4 Millionen Gerichtskosten zahlen müssen. In der schwersten Zeit, während des Krieges, hat der Mann nicht einrücken müssen, er hat den Bauern den Tabak auch nicht gegeben, sondern hat mit dem Tabak einen schwunghaften Schleichhandel nach Wels und Linz getrieben. Der Mann ist so weit gegangen, daß er seine Bekannten zum Erdäpfeldiebstahl animiert und ihnen zugesichert hat, daß er die Kartoffeln und das gestohlene Gut in seinem Kaufmannsgeschäfte verkaufen werde. Mit einem Wort ein Mustermensch, eine bessere Nummer kann es kaum mehr geben. Solchen Leuten kann man natürlich die Trafik nicht wegnehmen, denn, wie der Finanzminister ja gesagt hat, zuerst kommt das Geschäft und dann der Charakter der Geschäftsleute (*Finanzminister Dr. Kienböck: Das habe ich nie gesagt!*) So ähnlich ist die Sache gewesen. Dieser Mann, der abgestraft ist, hat auf wiederholte Bitten es durchgesetzt, daß ihm mit Erlaß vom 13. November 1923, Z. 2287/1, von der Finanzlandesdirektion Linz die Trafik weiter belassen wurde. Ich glaube, wenn man solche Dinge macht, dann spottet das schon jeder Beschreibung. In Gmunden befindet sich ein Tabakhauptverlag. Dieser Tabakhauptverlag sollte vergeben werden, und zwar wurde durch das im Oktober 1923 erfolgte Ableben der Professorswitwe Wimmer in Gmunden der dortige Tabakhauptverlag frei und es hätte das zuständige Finanzinspektorat in Wels die Ausschreibung zu veranlassen gehabt, da eine freihändige Verleihung eines Hauptverlages ja ausgeschlossen ist. Das Finanzinspektorat hat jedoch die provisorische Verleihung des Verlages an die Tochter der Verstorbenen, Frau Dr. Köppler, vorgenommen und auf die Anfrage des Verbandes der Invaliden, wann die Ausschreibung erfolgen werde, geantwortet, daß eine Entscheidung des Finanzministeriums über ein Gesuch der Frau Dr. Köppler um befristete Belassung

abgewartet werden müsse. Da der Fall einer befristeten Weiterbelassung in der Trafikbelassungsvorschrift überhaupt nicht vorgesehen ist, Frau Dr. Köppler in Innsbruck weilt und den Verlag selbst nicht führt, als verheiratete Frau schließlich auch als versorgt zu betrachten ist, durch die Verzögerung der Ausschreibung aber der Zweck ihres Ansuchens erfüllt wird, müssen jene Kriegsoffer, die sich um den Verlag bewerben, zuwarten und geraten daher in eine begreifliche Erregung. Es ist sicher hier wieder eine arge Protektionswirtschaft im Spiele und man will irgendeinem Freunde diesen Tabakhauptverlag zubringen. Im weiteren befinden sich in Weher fünf Trafiken. Die Besitzer sind durchwegs Kaufleute, Müller, Fuhrwerksbesitzer und es wäre keiner in seiner Existenz geschädigt, wenn ihnen die Trafik gekündigt würde. Trotzdem können, nachdem drei Trafiken schon gekündigt sind, die 80prozentigen bis 100prozentigen Invaliden diese Trafiken nicht erhalten, weil der Hofrat Höllhuber in Wels keine Zeit hat, den Akt zu erledigen.

Von allen Seiten werden den Invaliden die größten Hindernisse in den Weg gelegt. Da möchte ich an den Herrn Finanzminister das Ersuchen richten, diesen Übelständen abzuweichen und die einzelnen Landesfinanzdirektionen anzuweisen, diese Sachen endlich zu unterlassen und derartigen Elementen, die einen Mißbrauch mit ihren Trafiken treiben, zu kündigen. Der reiche Ertrag des Tabakmonopols — man berechnet ihn mit rund 1180 Milliarden — rechtfertigt es schon, daß man auch den armen Invaliden einen Teil davon zukommen läßt.

Zum Kapitel „Salz“, zu dem auch von mehreren Abgeordneten schon gesprochen worden ist, möchte ich besonders auf eines aufmerksam machen. Im ehemaligen Gebiete der Monarchie waren natürlich sehr große Absatzmöglichkeiten vorhanden, es waren aber auch die Salzgewinnungsstätten äußerst zahlreich. Wir haben, außer daß wir während der Nachkriegszeit den Absatz im Auslande verloren haben, auch noch andere Ursachen des schlechten Geschäftsganges im Salzmonopol zu verzeichnen, und zwar liegen diese darin, daß unsere Erzeugungsweisen bei den Salinen vollkommen rückständig sind. So geschieht das Finanzministerium es versteht, die Preise hinaufzutreiben, so wenig versteht es selbe, jene kaufmännischen Methoden die die Salzerzeugung erfordert, anzupassen, ordentliche Maschinen einzuführen und verschiedene Verbesserungen anzuwenden. Wenn sich der Herr Abg. Klimann darüber beschwert hat, daß das Fabrik-salz so schlecht und so teuer ist, so können wir ganz ruhig behaupten, daß man in Ebensee genau so imstande wäre, 100 prozentiges Natronsalz zu erzeugen, man müßte nur die nötigen Pflannen im Betrieb setzen und auch die erforderliche Kohle zuführen. In unseren Salinenbetrieben waren Ende 1922 im Bergbau 1018 und im Hüttenbetrieb 1690 Arbeiter beschäftigt, insgesamt 2708 Personen. Um den gewaltigen

Ausfall, der sich durch den verminderten Export ergeben hat, zu mildern, wurden, wie in allen Staatsbetrieben, natürlich zuerst die Arbeiter hinausgeworfen. Es wurden 1058 Arbeiter entlassen, das sind 39 Prozent. Wir haben heute einen Stand von 1650 Arbeitern und 190 Angestellten, es entfällt also auf je 8 Arbeiter ein Beamter. Im Jahre 1905 waren es 2582 Arbeiter und 62 Beamte, inklusive 9 Ärzte, die aber auch bei den Forstarbeitern Dienst machen mußten. Damals kam auf 41 Arbeiter ein Beamter. Wir sehen also, daß auch die bürokratische Verwaltung der Salinen diese äußerst schwer belastet. Die Arbeiter in den Salinen Österreichs waren seit jeher die schlechtest entlohnnten. Noch im Jahre 1912 betrug der Durchschnittswochenlohn 28 bis 30 K, auf unsere heutige Krone umgerechnet 432.000 K, heute beträgt der Personalaufwand pro Mann für alle Lasten, die zu tragen sind, rund 400.000 K. Es ist also der Friedenslohn noch lange nicht erreicht, obwohl der Salzpreis das 19.000fache des Friedenspreises erreicht hat. Der Kampf der Arbeiterschaft in den Salinenbetrieben ist ungemein schwierig. Wenn der Herr Abg. Klimann angeführt hat, er finde es unbegreiflich, daß man in Hallstadt die Salzproduktion noch weiterführt, so hat auch der Herr Referent sehr darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn man diesen Betrieb stilllegen würde, einer der schönsten Teile des Salzkammergutes lahmgelegt würde. Das kann man doch nicht in einer Gegend tun, deren Bevölkerung infolge des Zustroms von Fremden im Sommer unter bedeutend schwierigeren Existenzbedingungen lebt, als in anderen Gebieten. Diese Leute müssen um ihre Existenz förmlich raufen und ich finde es ziemlich unverantwortlich, wenn ein Abgeordneter hier aufsteht und meint, man müßte dort einfach aufräumen und den Betrieb einstellen. So schlecht sind die Salinen noch nicht fundiert. Wie wir aus dem Berichte ersehen, beträgt der Reinertrag immer noch 120 Milliarden und es ist wirklich kein schlechtes Geschäft, wenn es über 100 Prozent Reingewinn abwirft. Allerdings, die Zeiten vor dem Kriege, wo die Salinen 300 Prozent getragen haben, sind vorüber, weil ja schließlich auch die Produktion bedeutend zurückgegangen ist.

Bezüglich der Erzeugung möchte ich hier folgendes konstatieren. Wir haben im Jahre 1913 insgesamt 1.653.000 Meterzentner Salz erzeugt, 1923 nur mehr 519.000, das heißt, die Produktion hat sich um rund zwei Drittel vermindert. Durch die moderne Salzverarbeitung in Deutschland ist uns die Ausfuhr von Speisesalz fast vollständig unmöglich geworden und der Abßatz an die ehemaligen Salzabnehmer ist äußerst schwankend. Unser Export nach Deutschland betrug im Jahre 1921 50.000 Meterzentner, im Jahre 1922 116.986 Meterzentner und ging im Jahre 1923 zurück auf 23.814 Meterzentner. Das ist also ein Beweis dafür, daß die wahnsinnige Preissteigerung, zugleich aber auch die schlechte Qualität unseres Salzes uns

den ausländischen Markt vollkommen entzogen hat. Wir haben weiters auch bei der Fabriks- und Viehsalz-erzeugung mit der ausländischen Erzeugung zu konkurrieren und es mußten darum alljährlich große Mengen Salz eingeführt werden. In dieser Beziehung ist eine wesentliche Besserung zu konstatieren. Die Einfuhr, die im Jahre 1920 noch 145.000 Meterzentner betragen hat, ist auf 81.000 Meterzentner gesunken. Aber die Ausfuhr von Viehsalz oder Fabriksalz beträgt im ganzen nur 8500 Meterzentner. Die Verbilligung des Viehsalzes, die gewiß notwendig war, um die Einfuhr zu unterbinden, muß aber so geregelt werden, daß sie tatsächlich der Landwirtschaft und nicht bloß den einzelnen Händlern zugute kommt. Am besten wäre dies der Fall, wenn die Abgabe von Viehsalz an Konsum- und Landwirtschaftsgenossenschaften erfolgte. Der außerordentlich hohe Salzpreis macht es fast unmöglich, so viel Salz, als notwendig wäre, zu verbrauchen. Das sogenannte schöne Salz hat im Frieden 25 h gekostet, das wären 3600 K, es kostet aber heute 6000 K. Normalmäßig sollte nun jedermann — und nach den Statistiken ist dies auch in allen Staaten der Fall — im Jahre 10 bis 12 Kilogramm verbrauchen; wir müssen aber sogar beim Salzen der Suppe sparen, um den Haushalt nicht so schwer zu belasten, denn bei einem Haushalt von fünf Kindern beträgt der Aufwand für den Salzverbrauch im Jahre 210.000 K. Das ist eine ganz außerordentliche Belastung. Es wäre aber sehr notwendig, daß man zu Kartoffeln und zum Brot mehr Salz nehmen würde. Die Frau Abg. Rudel-Zeynethat speziell über die Beimengung des Jodsalzes gesprochen und darüber, daß durch die Beimengung von Jod zum Koch- und Speisesalz die Kropfkrankheit bedeutend gebeßert werden könnte. Die Salinenverwaltung sollte den Ansporn zeigen, auf diesem Gebiete etwas mehr zu leisten, es geht ja auch schon aus dem Berichte hervor, daß man in dieser Beziehung etwas mehr machen will. Ich habe hier eine Notiz der „Reichspost“ vom 28. Februar 1924, der von der Packung von Jodsalz ohne Jod handelt und es wird von unterrichteter Seite in diesem Artikel mitgeteilt — die unterrichtete Seite kann ja nur die Salinenverwaltung oder das Finanzministerium sein —, daß das hier ganz einwandfrei geschieht und daß die Jodsalzbeimengung in der gewissenhaftesten Weise vorgenommen wird. Dies ist aber ganz irrtümlich, weil nur bei 20 Prozent des gewonnenen Salzes derzeit die Vermengung mit Jod erfolgt. Wir möchten also schon dringend bitten, daß die Sache ordentlich in Angriff genommen wird, damit in diesem Österreich, wo es ohnehin so viele Kropferte gibt, dieses Leiden etwas gemildert wird. In der letzten Zeit konnte man bemerken, daß auch Kinder außerordentlich darunter leiden. Wenn die Möglichkeit bestünde, der Entartung der Schilddrüse durch größere Beigaben von Jod wirksam zu begegnen, so sollte auch darauf Rücksicht genommen werden, zumal die Beimengung von Jod zur Nahrung auch zur Folge

hat, daß die Lebensfreude und die Energie des Menschen gehoben werden.

Besondere Sorge wäre der besseren Verwendung der Abraumfalte zu widmen, desgleichen der Natronfalte für Fabrikzwecke. Eine moderne, mit allen technischen Mitteln ausgestattete Salinenverwaltung und Betriebsführung muß vollkommen frei sein von allen unnötigen Auslagen, wie zum Beispiel den unbezahlten Salzlieferungen, von denen mein Kollege Scheibin schon gesprochen hat, die im Salzkammergut auch in hohem Maße bestehen, denn auch dort bekommen in einzelnen Gebieten die Kirchen und Stiftungen noch Freiholz, so daß das Salzmonopol dadurch außerordentlich belastet wird. Mit derartigen Belastungen müßte endlich einmal aufgeräumt werden. Die lohnrechtlichen Fragen der Salinenarbeiter dürfen nicht so lange hinausgeschoben werden, bis überhaupt keine Salinenarbeiter mehr da sind. Man müßte diese Frage endlich einmal energisch lösen, damit die tüchtige Salinenarbeiterschaft endlich auch zu ihrem Recht kommt. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, wird es auch gelingen, daß die Finanzverwaltung aus den Monopolbetrieben entsprechende Gewinne zieht, sie wird aber auch der Arbeiterschaft den notwendigen Lohn geben müssen. *(Lebhafter Beifall und Handklatschen.)*

Damit ist die Verhandlung über die 8. Gruppe abgeschlossen.

Es wird die 9. Gruppe, XVI., Kapitel 28, „Bundesbetriebe: Titel 7, Staatsdruckerei, Titel 8, Hauptmünzamt“, in Verhandlung gezogen.

Spezialberichterstatter **Reiner**: Hohes Haus! Zum Kapitel 28, Titel 7, „Staatsdruckerei“, wäre folgendes zu bemerken. Die Staatsdruckereien stellen einen unserer ältesten staatlichen Betriebe dar. Wie das schon bei einem Betriebe, der sich durch 128 Jahre hinaufentwickelt hat, der Fall ist, hat die Zerreißung des großen Wirtschaftsgebietes unseres Landes auch auf diesen Betrieb besonders schwer eingewirkt. Es ist festzustellen, daß es keinen graphischen Betrieb gibt, der ähnlich leistungsfähig sein könnte, als dies bei der Staatsdruckerei der Fall wäre, wenn die Voraussetzungen, nämlich die volle Beschäftigungsmöglichkeit, dafür geschaffen sind. Durch die eben erwähnte Zer-

reißung des Staatsgebietes ist aber, wie gesagt, naturnotwendig der Zustand eingetreten, daß einzelne Abteilungen viel zu groß für die jetzigen Anforderungen sind und dadurch unrationell arbeiten müssen. Es wird also unsere oberste Aufgabe sein, daß wir Einfluß darauf nehmen, daß hier eine Reorganisation dieses Betriebes Platz greife, derart, daß dem heutigen Staatsgebilde und der Größe unseres Wirtschaftsgebietes auch dieser staatliche Betrieb angepaßt wird. Ich habe schon im Ausschusse erwähnt, daß meine eingehende Besichtigung dieses Betriebes bestätigt hat — was ja schon allgemein bekannt war —, daß in diesem Betriebe vorzügliche Arbeitskräfte zu finden sind, daß in manchen Abteilungen künstlerische Leistungen vollbracht werden und daß nur der eingangs erwähnte Umstand schuld daran ist, wenn die Ergebnisse in keinem Einklang mit den vorhandenen enormen Betriebsmitteln zu bringen sind.

Ähnliche Verhältnisse sind beim Münzamt zu erwähnen. Auch dort vorzügliche Leistungen der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter, jedoch die Schwierigkeit, daß nur zeitweise eine besondere Inanspruchnahme des Betriebes, wie eben derzeit anlässlich der neuen Münzprägung eintritt. Wenn das Münzamt seinen Wert trotz der Ungunst der Verhältnisse erhalten konnte, wenn es ferner trotz der schwierigen Produktionsverhältnisse immerhin nennenswerte Erträge abwirft, so ist dies außer der vorzüglichen Qualität der Arbeiter in allererster Linie der aufopfernden Tätigkeit der staatlichen Ingenieure und deren außerordentlichen Fachkenntnis auf diesem Spezialgebiete zu verdanken.

Ich bitte daher diese Kapitel, deren finanzgesetzlichen Ansprüche bereits mitgeteilt wurden, die Genehmigung zu erteilen.

Da niemand zum Worte gemeldet ist, ist die Verhandlung über diese Gruppe abgeschlossen.

Es wird zum Schlusse der Sitzung geschritten.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 20. Mai 10 Uhr vorm. L. D.: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1924 (B. 75).

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 50 Min. nachm